

Die „Freiheit“ erscheint wochens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur wochens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postbezug ohne Postgebühren monatlich 4,- M., bei Zustellung unter Straßband 4,- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Anträgen der Postämterliste für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Die „Freiheit“ ist in den ersten Anträgen der Postämterliste für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Die Arbeiterklasse Deutschlands wird Tag für Tag von der Regierung gepöbelt und bis aufs Blut gereizt.

Im Zuchthaus zu Werl haben die durch Roste vor länger als drei Monaten in Haft gesetzten westfälischen Arbeiter, die noch weitere Monate in Gefangenschaft gehalten werden sollen, obwohl ihnen nicht die geringste Straftat zur Last gelegt werden kann, zu dem verzweifelten Mittel des Hungerstreiks gegriffen. Sie wollen lieber zugrunde gehen, als sich von einem Roste und seinen Helfershelfern weiter tyrannisieren zu lassen.

Wenn die Folterknechte des Zarismus die revolutionären russischen Arbeiter so behandelten, daß sie zum Hungerstreik getrieben wurden, dann hat die ganze zivilisierte Welt gegen ein solches Schandregiment lauten Protest erhoben und den Opfern der brutalen Gewalt ihre volle Sympathie bekundet. In Deutschland wagt es ein Minister, der die eiserne Stirn hat, sich noch Sozialist zu nennen, die Opfer seines Wütens obendrein zu beschimpfen. Der Antrag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in der Reichstagsversammlung, die im Hungerstreik befindlichen Gefangenen unerbittlich aus der Schutzhaft zu entlassen, wurde nach der gefühllos- und arbeiterfeindlichen Rede eines Roste von der Mehrheit der Nationalversammlung kaltblütig abgelehnt.

Dieses Denkmal der Schande reiht sich an unzählige ähnlicher Art. Tausende Arbeiter wurden in die Gefängnisse geworfen, ohne daß ihnen etwas anderes nachgesagt werden konnte, als daß sie ihrer revolutionären Überzeugung und ihren sozialistischen Idealen treu geblieben sind. Roste wagt es allerdings, nachdem er jahrzehntelang selbst von der Bourgeoisie und dem Junkertum als Heher und Wähler bezeichnet worden ist, die Verhaftung damit zu rechtfertigen, daß gegen Heher rücksichtslos vorgegangen werden müsse. Da nach den Strafgesetzen, die in dem kaiserlichen Deutschland erlassen wurden, keine Handhabe zu den Verhaftungen geboten ist, so verhängt er den Belagerungszustand überall da, wo die Arbeiterklasse nicht nach den Wünschen der Bourgeoisie und seinen konterrevolutionären Absichten handelt.

Die demokratischen Freiheiten sind vernichtet, die Willkür triumphiert, die Militärdiktatur herrscht. Von dem brutalen Geist ihres Chefs angeleitet, erdrosseln sich Rostetruppen mit Handgranaten Versammlungen zu sprengen, Stadtverordnete aus dem Beratungssaal zu holen und mit Gewalt zum Widerruf ihrer Meinungsäußerungen zu zwingen, friedliche Personen mit Faustschlägen und Peitschenhieben roh zu behandeln. Die Mörder der so unschuldig erschossenen Matrosen laufen frei herum, die Mordtaten an Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht haben keine Sühne gefunden, der Leutnant Vogel, der schließlich wegen der Beteiligung am Mord Rosa Luxemburgs nicht freigesprochen werden konnte, ist mit Hilfe von Kameraden entflohen.

In München ist wegen angeblichen Hochverrats Leviné zum Tode verurteilt und erschossen worden. Viele andere Revolutionäre sind zu harten Zuchthaus- und Festungsstrafen verurteilt worden, obwohl sie nichts anderes getan haben, als was wenige Monate vorher diejenigen taten, die das alte Regime stürzten. Oft genug hat Debel ausgeführt, daß der Hochverräter nicht ehelos handle, und die David, Scheidemann und Genossen haben ihm dieses nachgesprochen. Jetzt aber lassen sie es

zu, daß proletarischen Kämpfern für ein neues Regime die ehrenhafte Gefinnung abgesprochen und ihnen schimpfliche Zuchthausstrafen auferlegt werden.

Die Empörung in den Massen steigt. Sie haben geglaubt, daß die Revolution ihnen die Freiheit bringen werde. In Wahrheit ist selbst in der wilhelminischen Periode niemals so mit den Arbeitern verfahren worden wie jetzt. Niemals hat ein Minister es damals gewagt, so brutal und anmaßend, so verständnislos von den Arbeitern zu sprechen wie es die jetzigen Nachhader tun.

Als der Friedensvertrag in Versailles unterschrieben wurde, hofften viele deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen, daß die Regierung jetzt wenigstens eine Politik der Versöhnung auch im Innern anbahnen und daß sie von selbst eine Amnestie erlassen würde, um wenigstens allen politisch Verfolgten die Tore zur Freiheit zu öffnen. Die Regierung aber schreitet zu neuen Gewaltmaßnahmen, sie hat so sehr das Vertrauen des Volkes ein- und nur noch mit dem Belagerungszustand regieren kann. Die reaktionären Gewalten der Vergangenheit in Deutschland haben niemals so lange außerordentliche Kriegsgerichte wüten lassen, wie die gegenwärtige Regierung. Klassenurteile unerbörter Art werden gefällt wie in den schwarzen Zeiten der Kaiserregierung.

Jahrzehntelang haben die Arbeiter im Verein mit allen freien Geistern Deutschlands für eine freie Schule gegen pfäffliche Verdumpfungsposittil gelämpft. Die Grundsätze des Erfurter Programms, Trennung von Kirche und Staat und Trennung von Kirche und Schule, galt den Arbeitern, die sich aus den Fesseln kirchlicher Unfreiheit befreien wollten, als das Kennzeichen eines aufgestellten Proletariats. Jetzt hat es die Regierung, unterstützt von der rechtssozialistischen Partei, über sich gebracht, die Schule vollständig der Kirche auszuliefern und der Jugend die Wege zu freiem Menschtum zu versperren.

Er sind die Massen um die Hoffnungen, die sie beim Ausbruch der Revolution hegen, betrogen worden.

Parteigenossen! Wir verstehen es, wenn Zorn und Ingrimm Euch paden. Wir sind überzeugt, daß Ihr Euch nicht zu Ausbrüchen der Verzweiflung verleiten lassen werdet, daß Ihr Euch aber auch nicht willenlos buden werdet.

Ihr fordert Euch auf, überall

Protestkundgebungen

zu veranstalten gegen den Belagerungszustand und die Schutzhaftschande, gegen die Diktatur der Soldateska, gegen das ganze schmachvolle Gewaltregiment im Innern.

Es gilt einen dauernden, planmäßigen, unermüdblichen und entschlossenen Kampf zu führen gegen die fortgesetzte Preisgabe aller politischen und kulturellen Grundsätze des Sozialismus und gegen die konterrevolutionäre Politik der rechtssozialistischen Führer und den mit ihnen verbündeten reaktionären Mittels- und Kapitalisten.

Eine nichtgehaltene Rede.

Der Reichsminister des Reichern, Herr Hermann Müller, hat in der vorigen Woche vor der Nationalversammlung in Weimar sein Programm entwickelt. Es war das Programm des Vertreters eines bürgerlichen Staatensystems. Wir wollen nachfolgend versuchen, zu zeigen, wie ein Sozialist bei dieser Gelegenheit hätte sprechen können.

H. P. Meine Damen und Herren! Sie werden von mir nicht erwarten, daß ich meine Ausführungen in denselben Formen bewegen, die Ihnen vom alten Reichstag her noch in Erinnerung sind. Ich stehe als Sozialist vor Ihnen und habe die Aufgabe, die Probleme der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches von meiner Weltanschauung aus zu betrachten, die grunderhebend ist von der Weltanschauung der Herren, die vor mir die auswärtigen Angelegenheiten des Deutschen Reiches behandelten.

Welches ist der Unterschied von heute gegen ebendort? Bisher behaupteten die Vertreter der Regierung, im Namen des gesamten deutschen Volkes zu sprechen; das war aber eine Unwahrheit, denn sie vertraten nur die Interessen einer kleinen Schicht der Bevölkerung, der Schicht, die im Besitze des Kapitals ist, und die nur eine kleine Minderheit darstellt im Vergleich zu den gewaltigen Massen der beschloßen oder minderbeschloßenen Teile des Volkes. Ich spreche heute noch nicht für das gesamte deutsche Volk, aber ich spreche im Namen des Proletariats, der gewaltigen Mehrheit des Volkes, und ich habe die Substanz, daß die Auffassungen, Gemeingut des gesamten deutschen Volkes geworden sein werden.

Sie wollen von mir wissen wie der Sozialismus die Probleme der auswärtigen Politik lösen wird. Darauf muß ich Ihnen zuerst antworten, daß meine Arbeit ganz verschieden sein wird von der Tätigkeits, die bisher die Vertreter der auswärtigen Politik Deutschlands geleistet haben. Die bisherige auswärtige Politik hat den Vankrott des Deutschen Reiches herbeigeführt, sie hat das wirtschaftliche, das politische und das geistige Leben Deutschlands zu einem Trümmerfeld gemacht. Sie hat das deutsche Volk in der ganzen Welt isoliert. Sie hat Deutschland zum Gespött und zur Verachtung der anderen Völker gemacht. Sie könnten vielleicht sagen, daß diese Politik in Deutschland wohl zum Schiffsbruch geführt, dagegen das Glück der anderen Völker, die in diesem Kriege siegreich gewesen sind, neu gegründet habe. Das ist aber nur ein Schein. Auch die siegreichen Länder sind von dem wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch bedroht, sie können ihn nur deshalb hinausschieben, weil sie vorläufig noch alle Vorteile des Erfolges für sich haben. Auch für diese Länder wird die Stunde des Sozialismus schlagen.

Diese Stunde ist für uns aber bereits gekommen. Ein neues Deutschland kann nicht mehr ein Deutschland des Kapitalismus sein, sondern es muß ein Deutschland des Sozialismus werden. Ein kapitalistisches Deutschland würde in der Reihe der Völker der Welt fortan nur ein Schattendasein führen. Die politische Ausbeutung des Reiches ist künftighin ein Unding. Wirtschaftliche Eroberungen zu machen, erscheint gleichfalls als eine Unmöglichkeit. Uns bleibt also nur übrig, Deutschland zu einer unangreifbaren Stätte des Sozialismus zu machen und damit den Völkern der ganzen Welt ein gutes Beispiel zu geben. So nur können wir hoffen, bald wieder als gleichberechtigtes Glied in die Völkergemeinschaft aufgenommen zu werden und mitbauen zu helfen an dem wahren Völkerbund, der ein Völkerbund des Sozialismus sein wird.

So komme ich zur Grundlage der künftigen auswärtigen Politik Deutschlands. Sie muß bestimmt werden von sozialistischen Gedanken, sie muß getragen sein von einem sozialistischen Gemeinwesen. Daran erkennen Sie auch, wie unlösbar verbunden die innere und auswärtige Politik ist. Solange wir im Innern auch nur noch Überreste der alten kapitalistischen Regierungsformen dulden, solange wir nicht das militärische System, die Bürokratie, die brutale Unterdrückung der Meinungsfreiheit bis auf die Wurzeln ausgerottet haben, solange können wir nicht hoffen, moralische Eroberungen in der Welt zu machen. Die auswärtige Politik darf nicht getrieben werden als eine scheinbar gesonderte Angelegenheit, die mit den Verhältnissen im Innern nichts zu tun habe, und die deshalb in den Kabinetten der Geheimdiplomatie erledigt werden kann, sondern sie muß als Ausstrahlung des wirklichen Geistes des deutschen Volkes vor aller Welt offen liegen.

Ich verbeule mir nicht, und will auch Sie ebensowenig wie das ganze deutsche Volk darüber im unklaren lassen, daß diese auswärtige Politik im Anfang mit ungeheuren Schwierigkeiten zu rechnen haben wird. Sie sieht als Gegner vor sich nicht nur die kapitalistisch orientierten Kreise des eigenen Volkes, sondern sie muß auch mit der Abneigung der kapitalistisch orientierten Regierungen der

Die Parteileitungen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Wichtig der anderen Völker rechnen. Es wäre viel leichter für mich, wenn ich wie ein bankrott gewordener Kaufmann mit meinen Gläubigern und meinen Konkurrenten einen Vergleich abschliesse, und mit deren gütlicher Hilfe in aller Bescheidenheit das Geschäft wieder eingerichtet trachtete. Wir wollen aber nicht nur einen Konkurs liquidieren, sondern wir wollen an unserer Seite die Welt neu aufbauen lassen. Dazu gehört Mut, dazu gehört Ueberwindung, dazu gehören alle Eigenschaften, die die Träger einer neuen, einer die Welt erobrenden Auffassung besitzen müssen.

Wir sind arm geworden vom Standpunkte der kapitalistischen Wirtschaft aus betrachtet; aber wir können ein reiches Volk werden, so reich wie nur irgendein anderes Volk der Erde, wenn wir es wagen, die in uns wohnenden Kräfte sich regen zu lassen. Denn worin besteht der wirkliche Reichtum einer Nation? Nicht in den papiernen Werten, die in den Geldschränken einer kleinen Minderheit aufgehäuft sind, und für deren Verzinsung die übergroße Mehrheit der Bevölkerung zu sorgen hat. Auch nicht bloß in den Fabriken, in den Eisenbahnen, im städtischen und ländlichen Grundbesitz, solange diese sich im Privateigentum einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Menschen oder in der Hand des kapitalistisch verwalteten Staates befinden. Der Reichtum eines Volkes ist die Arbeitskraft des Proletariats; der Reichtum eines Volkes ist der Wille, die Produktionsmittel des Landes gemeinsam zu verwalten, die Produktion auf den Bedarf des Volkes und nicht auf dem Profitbedürfnis einer kleinen Minderheit aufzubauen.

Führen wir also die Sozialisierung Deutschlands so rasch und so energisch wie nur irgend möglich durch, dann können wir erwarten, daß uns die ungeheuren Kriegslasten, die das alte Regime dem deutsche Volke als schuldwürdiges Erbe hinterlassen hat, nicht zu Boden drücken werden. Wir wollen bei dieser Gelegenheit den anderen Völkern sagen und zugleich unseren eigenen Volksgenossen die Wahrheit nicht verhehlen: Wir sind gewillt, gutzumachen, was das deutsche Volk bisher gesündigt hat; gesündigt dadurch, daß es eine Regierung gebildet hat, die Deutschland und die ganze Welt in den Jammer des Krieges gestürzt hat. Wir sind mit Schuld an deren Sünden, weil wir sie nicht verhindert haben. Wir müssen deshalb die Folgen tragen, wir wollen uns der Welt gegenüber dieser Verpflichtung nicht entziehen.

Wenn wir das an dieser Stelle erklären, so können wir erwarten, daß auch die Völker, die noch nicht die Einsicht haben, der kapitalistischen Wirtschaftsweise bei sich ein Ende zu machen, uns an dem Aufbau eines sozialistischen Gemeinwesens nicht hindern werden. Dem Kapitalismus der Gegenwart muß es gleichgültig sein, ob er seine Geschäfte mit einem kapitalistisch oder mit einem sozialistisch verwalteten Deutschland machen kann, ihm kommt es nur darauf an, überhaupt noch Geschäfte zu machen. Und ein sozialistisches Deutschland wird seinen Bedarf an Rohstoffen, die es von auswärts beziehen muß, ganz gewaltig steigern, es wird im Weltverkehr beim Austausch der Güter der Völker untereinander als ein achtunggebietender und gern gesehener Faktor auftreten.

Das eine wollen wir auch vor aller Welt bekunden, daß uns nichts ferner liegt, als unsere Ideen mit Feuer und Schwert eine sozialistische sein muß, anderen Völkern aufzuzwingen, die noch an der kapitalistischen Regierungsweise festhalten wollen. Aber wir vertrauen auf die Regsamkeit der sozialistischen Gedanken, der nicht nur die Sache eines Volkes ist; wir sehen die gewaltige wirtschaftliche Entwicklung in der ganzen Welt vor uns, die die Grundlage für die Ausbreitung des Sozialismus ist.

Ich brauche im einzelnen nicht einzugehen darauf, wie ich mir die künftigen Beziehungen zu den Völkern vorstelle, die uns fünf Jahre lang als Feinde gegenüberstanden, oder zu den Völkern, die in diesem Kriege neutral geblieben, oder auch zu den anderen Völkern, die wie wir unter der Last dieses Krieges zusammengebrochen sind. Wir haben nur den einen Wunsch, mit allen Völkern in Frieden und Freundschaft zu leben, mit ihnen gemeinsam daran zu arbeiten, eine Wiederholung des Unanglücklichen, das wir fünf Jahre lang erlebt haben, unmöglich zu machen. Wenn wir in diesem Sinne unsere Beziehungen zu den anderen Völkern pflegen, dann wird es nur geringe Mühe machen, die nationalen, wirtschaftlichen und politischen Differenzen zu beseitigen, die vom Kriege her noch übrig geblieben sind, oder die künftig neu aufzutauchen könnten.

Und so will ich denn mit dem Bekenntnis schließen, daß für jeden Sozialisten eine Selbstverständlichkeit sein muß: Ich vertraue auf die internationale Solidarität des Proletariats, ich gehe an meine Arbeit in der Erwartung, daß der Sozialismus die Völker der ganzen Welt zu gemeinsamer glücklicher Tätigkeit vereinen wird. Deutschland muß zugrunde gehen, wenn es nicht sofort den sozialistischen Aufbau beginnt; aber auch die ganze Welt wird nur dann zur Höhe der menschlichen Kultur emporgeführt werden können, wenn sie fortan sozialistische Ziele zu erreichen trachtet!

Gemütsmenschen.

Wir lesen in unserer gestrigen Abendausgabe davon, daß der „Vorwärts“ kein Wort für die Beseitigung des schändlichen Zustandes fand, daß eine in ihrer Mehrheit sozialistische Regierung Sozialisten in den Gefängnissen verjüngern läßt.

Gestern abend äußerte sich der „Vorwärts“ endlich über den Hungerstreik der Schubhäftlinge in Wehl. Unter der gemütsvollen Ueberschrift „Der unabhängige Hungerstreikrummel“ brachte er folgende Notiz:

Zu der gestern von der Fraktion der U. S. P. in der Nationalversammlung hervorgerufenen Debatte über den Hungerstreik von 42 Schubhäftlingen in Wehl erwähnen die „U. S. P.“, daß die auch heute in der „Freiheit“ wiederholten Angaben nicht den Tatsachen entsprechen. Während noch 2 Gefangene weiter noch jede Nahrung verweigern, haben 38 bereits den Streik aufgegeben. Der Zustand der noch im Hungerstreik befindlichen ist als nicht gefährlich zu betrachten. Damit entpuppt sich diese von den Unabhängigen so gewaltig aufgeschürzte Angelegenheit als eine jener bekannten Hezereien, auf die sie schon aus agitatorischen Gründen nicht verzichten können.

Wir wissen nicht, ob die vom „Vorwärts“ gebrauchte Mitteilung den Tatsachen entspricht. Aber selbst wenn es zuträfe, so sollte, daß 38 Schubhäftlinge, nachdem sie sieben

Tagen gehungert haben, den Streik aufgaben, würde das indirekt nur beweisen, daß unsere Angaben den Tatsachen entsprechen. Welche heuchlerische Rohheit gehört dazu, aus der durch völlige physische Erschöpfung der Gefangenen erfolgten Beilegung des Hungerstreiks die tröstliche Ueberzeugung zu schöpfen, daß die ganze Angelegenheit auf eine „jener bekannten Hezereien“ der Unabhängigen hinausläuft, auf die sie „schon aus agitatorischen Gründen“ nicht verzichten könnten. Nicht minder charakteristisch ist die Verhöhnung des „Vorwärts“, daß der Zustand der noch im Hungerstreik befindlichen 2 Gefangenen „als nicht gefährlich“ zu betrachten sei.

Damit scheint für das Revill Koskes die Angelegenheit erledigt. Wozu die Aufregung? Der größte Teil der hungernden Schubhäftlinge ist zu Kreuze geflohen. Der Zustand der übrigen, die heute bereits den neunten Tag hungern, ist „nicht gefährlich“. Die ganze Angelegenheit ist „stark aufgebauscht“. Die Demonstrationen der Arbeiter sind nur eine Folge der unabhängigen „Hezereien“. Wozu also die Schubhäftlinge freilassen? Wozu die Schubhäftlinge aufheben, wenn auch die Mehrheit der rechtssozialistischen Fraktion in der Nationalversammlung dafür gestimmt hat? Wozu überhaupt den Forderungen der Arbeiter Rechnung tragen? Das gibt es nicht. Viel bequemer und sicherer ist die Methode Koskes, die Methode der brutalen Gewalt und der Verhöhnung der elementarsten Rechte des Volkes.

Herr Helfferich.

Wir regelten in unserer Dienstag-Abendausgabe die Tatsache fest, daß Herr Helfferich aus dem russischen Geheimebericht, der die angebliche Abgeneigtheit Englands nachweist, die Kriegsziele Deutschlands auch nur zu diskutieren, die wichtigsten Stellen weggelassen und damit das Dokument in sein Gegenteil umgewandelt habe. In diesem Händelstreich bemerkt die „Berliner Volkszeitung“ recht treffend, Herr Helfferich sei zwar in der letzten Zeit politisch ziemlich weit heruntergekommen, aber das hätte man kaum für möglich gehalten, daß er zu den größten Unterlassungskünsten greifen würde, um sein furchtbar erschüttertes Prestige zu erhalten.

Wir erwarteten, daß Herr Helfferich sich unverzüglich zu der gegen ihn erhobenen Anklage der Fälschung eines amtlichen Dokuments äußern würde. Das hat er bisher nicht getan. Er stellt sich gegen unsere Anklage taub und bringt es fertig, in der gestrigen Abendausgabe der „Arbeitszeitung“ erneut einen zweispaltigen Artikel loszulassen, ohne auch nur mit einem Wort auf die gegen ihn erhobene Anschuldigung einzugehen.

Die „Berliner Morgenzeitung“, die von Herrn Helfferich erwartet, daß er „zu der politisch wichtigen Veröffentlichung der „Freiheit“ Stellung nehmen und sein Urteil gegebenenfalls rektifizieren“ werde, gibt der Vermutung Ausdruck, daß ihm nur „jener verstimmelte und den wahren Sinn verzerrende Wortlaut“ vorgelegen habe. Wenn diese Vermutung zutrifft, ist Herr Helfferich schon im Interesse seiner persönlichen Rehabilitierung verpflichtet, die Quelle anzugeben, aus der der von ihm veröffentlichte Wortlaut des Dokuments hergeleitet ist. Herr Helfferich ist in die Verlegen des abgewirkelten Staatsministers Helfferich herzlich gleichgültig. Sie hat aber ein eminentes Interesse daran, zu erfahren, wo die Fälscher amtlicher Dokumente sitzen.

Dem Volke muß die Religion erhalten bleiben.

Aus Weimar wird gemeldet, daß sich Zentrum, Rechtssozialisten und Demokraten in der Schulfrage auf ein neues Kompromiß geeinigt haben. Der Absatz 2 des Artikels 133 der Verfassung soll wie folgt lauten:

„Innerhalb der Gemeinden sind indes auf Antrag von Erziehungsberechtigten, Volksschulen ihrer Bestimmung und ihrer Bestimmung nur zu errichten, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb auch im Sinne des Absatzes 1 nicht beeinträchtigt wird. Der Wille der Erziehungsberechtigten ist möglichst zu berücksichtigen; das Nähere bestimmt die Landesgesetzgebung nach dem Grundsatze eines Religionsgesetzes.“

Dieses neue Kompromiß wird wahrscheinlich von seinen Vätern als ein gewaltiger Erfolg ihrer Vertheidigungspolitik ausposaunt werden und insbesondere die Rechtssozialisten werden behaupten, daß nunmehr alle Befürchtungen vor der Akerisierung der Schule beseitigt seien. In Wirklichkeit besteht für die Kirche auch künftig die Möglichkeit, weitreichenden Einfluß auf das Schulwesen auszuüben. Denn die Simultanschule soll nicht grundsätzlich durchgeführt, sondern der konfessionellen Schule ein weiter Spielraum gelassen werden.

Geradezu standlos aber ist es, daß sich die Akerisierung des Schulwesens noch auf die Volksschule erstrecken soll. Für die höheren Schulen wird das Prinzip der simultanen Erziehung anerkannt, die Volksschule dagegen soll auch künftig von der Kirche dort beherrscht werden, wo sie die Macht dazu hat. In den Einzelstaaten, in denen das Zentrum eine entscheidende oder mitbestimmende Rolle spielt, ist es ihm möglich, das Volksschulwesen so zu beeinflussen, wie es den Interessen der Kirche entspricht. Die Rechtssozialisten, von den Demokraten und vom Zentrum ganz zu schweigen, haben also die berüchtigte Lösung der alten Modus vivendi in die Verfassung eingeschmuggelt, daß dem Volke die Religion erhalten bleiben müsse.

Unberührt von diesem neuen Kompromiß bleiben aber alle anderen Bestimmungen der Verfassung über das Schulwesen. Das Prinzip der Einheitschule ist weiter preisgegeben, die höhere Schule bleibt auch künftig den bestehenden Kreisen vorbehalten, höchstens die Stipendien für un- mittelbare Schüler, die nicht viel mehr als Almosen sind, wird man vermehren. Es bleibt dabei, daß die Rechtssozialisten in der Schulfrage eine schändliche Rolle spielen und die Kulturideale des Sozialismus preisgegeben haben.

Fortsetzung der Verfassungsberatung.

Eigene Drachnachrichten der „Freiheit“.

Weimar, 30. Juli.

In der Nachmittags-Sitzung der Nationalversammlung wurde der Verfassungsentwurf weiter beraten bis zum Artikel 131. Etwa zwei Stunden dauerten die Verhandlungen. Bemerkenswert ist, daß beschlossen wurde, die Mißsärgerlichkeit aufzuheben. Man kann man wohl die Frage stellen, wann die Regierung mit dieser Bestimmung Ernst machen und der Mißsär-

gerigkeit ein Ende bereiten will. Wohlwollig sieht es noch nicht so aus, als ob diese Absicht bestünde. Eine Aussprache gab es dann noch in der Frage der Gleichstellung der unehelichen mit den ehelichen Kindern. Die bürgerlichen Parteien wollten davon nichts wissen, sie stimmten die Anträge der Rechtssozialisten ebenso wie die der Unabhängigen Sozialdemokraten nieder.

Die Abstimmung über das Vertrauensvotum.

Die Debatte über das Programm der Regierung, die zugleich die Enthaltungen des Herrn Erzbergers brachte, endete mit der Abstimmung über ein Vertrauensvotum, das die Deutschnationalen, und ein Vertrauensvotum, das die Mehrheitsparteien eingebracht hatten. Der Antrag der Deutschnationalen enthielt nationalistische Phrasen, zugleich aber versuchte er die Revolution für den Zusammenbruch Deutschlands und für den ausgesetzten Gewaltfrieden verantwortlich zu machen. Es war deshalb selbstverständlich, daß unsere Genossen für diesen Antrag nicht stimmen konnten, wodurch sie aber ebenso selbstverständlich nicht etwa zum Ausbruch bringen wollten, daß sie dieser Regierung Vertrauen entgegenbringen könnten. Deswegen mußten sie auch später gegen den Antrag auf Aussetzung eines Vertrauensvotums stimmen.

Diese klare Sachlage ist dem „Vorwärts“, wie nicht anders vorauszufragen war, nicht verständlich, denn er verläßt einen Gegenstand zu konstruieren in der Haltung unserer Genossen zu diesen beiden Voten. Wer sich den Sinn für politische Sauberkeit bewahrt hat, der wird an dieser Abstimmung durchaus nichts auszufragen haben. Oder glaubt das Blatt etwa, daß wir einer Regierung, die einer Koalition unter sich hat, Vertrauen entgegenbringen könnten?

Was soll noch der Grenzschutz?

Wie die „Deutsche Tageszeitung“ aus Mesebach von zufälliger Stelle erfahren haben will, sei keineswegs beabsichtigt die Grenzschutztruppen aus ihren jetzigen Stellungen an der Demarkationslinie in den Kreisen Pommern, Mecklenburg und Vorpommern vor der endgültigen Grenzregulierung zurückzuführen. In Gegenteil ist mit weiterem Einsatz von Reichwehrruppen zur Verstärkung des Grenzschutzes zu rechnen.

Von der Regierung ist zu verlangen, daß sie sich sofort und ganz ungewidrig zu dieser Meldung äußert. Ist etwa beabsichtigt, die Ausführung des Friedensvertrages damit zu beginnen, daß das stehende Heer im Gegensatz zu den Bedingungen noch weiter vermehrt wird? Wieviel erfahren wir auch näheres darüber, aus welchem Grunde gerade jetzt, wo sich eine Verständigung mit den Polen anzubahnen scheint, der Grenzschutz in Posen verstärkt werden soll.

Eine rechtssozialistische Kundgebung.

Der Bezirksvorstand der rechtssozialistischen Partei Groß-Berlin hat für heute abend sieben Propagandasammlungen einberufen, die sich gegen die „Entweihung des 21. Juli“, gegen Terrorisimus und Gewalttätigkeit im Parteikampf“, gegen den Frieden vor Versäufnis wenden sollen. Das von übertrüglichen Beschimpfungen der Unabhängigen Sozialdemokratie strotzende Flugblatt des „Vorwärts“ vom 21. Juli, das zur Teilnahme an diesen Kundgebungen auffordert, schließt mit einem stimmungsvollen Appell an die „Solidarität des internationalen Proletariats“.

Selten ist uns in der an besonderen Ereignissen reichen Agitationsliteratur der Rechtssozialisten ein so todesliches Machtwort zu Gesicht gekommen, wie dieses Flugblatt des rechtssozialistischen Bezirksvorstandes. Da werden alle Lügen des „Vorwärts“, die wir schon mehrfach widerlegt, alle Beschimpfungen der Demonstration vom 21. Juli, die wir gebührend gekennzeichnet und zurückgewiesen haben, noch einmal wiederholt, um bei der Anhängererschaft der S. P. D. den Eindruck zu erwecken, als habe es sich bei dem Generalsstreik vom 21. Juli um eine überflüssige, frivole vom Jaun gedrohtene Aktion der Unabhängigen Sozialdemokratie gehandelt, die die Volkswirtschaft schwer geschädigt und ihre Anhänger zum wüsten Terror gegen die S. P. D. aufgerufen habe.

Selbstverständlich wird in dem Flugblatt sorgfältig verschwiegen, daß erst das Verbot der unabhängigen Massenversammlungen am 21. Juli die Massen veranlaßte, die rechtssozialistischen Versammlungen zu besuchen, und daß es von allem diesem Verbot zugunsten war, daß sich die Empörung der Arbeiter in den Versammlungen spontan äußerte. Wir bedauern es, daß die Befürworter der Versammlungen nicht mehr Zurückhaltung übten und es nicht den Diskussionrednern überließen, das Strafgericht an den rechtssozialistischen Oegnern zu vollziehen. Wir können es aber verstehen, daß das vielfach propagierte Aufstreben der rechtssozialistischen Redner tumultuarische Störungen hervorrief, wobei wir die Frage unerörtert lassen, auf welcher Seite die Hauptschuld an den bedauerlichen Zusammenstößen in den Versammlungen liegt.

Es wäre schlechterdings absurd nicht zu verstehen, daß diese Vorgänge Anlaß zu einer neuen „Protestaktion“ der S. P. D. geben könnten, wenn nicht klar zutage treten würde, daß es den Rechtssozialisten nur um einen neuen Vorwand zur Hebe gegen die Unabhängige Sozialdemokratie zu tun ist. Dasselbe Partei, die im Gegensatz zu einigen großen Propagandafunktionen der S. P. D. durch ihre ablehnende Stellung die gewaltige Protestkundgebung in Berlin geführt hat, wagt es nun, gegen die „Entweihung“ dieses Tages durch unsere Partei zu protestieren. Sie, die den Terror und die Gewalttätigkeit ihres Koskes beschuldigen, und Terrorisimus und Gewalttätigkeit dazuwerten. Sie, die immer nur Hohn und Spott für die internationale Solidarität hatte, hat die Strenge, jetzt diese Parole auszugeben und heuchlerisch zu fragen, daß wir diese Solidarität gesichert hätten.

Reden dieser verlogenden Parteiliebe sollen die heutigen Versammlungen noch einem andern Zweck dienen. Sie sollen der rechtssozialistischen Führung Gelegenheit geben, gegen den Frieden von Versailles zu wahren, die Unabhängige Sozialdemokratie als die Urheberin dieses Friedens anzugreifen und die Haltung der rechtssozialistischen Führer in den Kriegsjahren zu revidieren. Die Leute, die immer „woh“ machen, was sie früher gesagt, werden auch jetzt mit gewohnter Jungentierlichkeit ihre Sünden verhehlen und den Vandalen ihrer Politik durch nationalistische Hezereien und Beschimpfungen ihrer parteipolitischen Gegner verzeihen zu machen suchen. Da aber beratige Veranstaltungen kaum den Reiz der Neuheit besitzen, werden sie diesmal eingehüllt in Trauer über eine Aktion für die internationale Solidarität. Im Auftrage des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine (U. S. P. D.) Groß-Berlin und Umgebung werden die Parteigenossen ersucht, den heute stattfindenden Versammlungen der S. P. D. fern zu bleiben.

Ein Dokument der Kriegsschuld.

Die Denkschrift des Generals Ludendorff.

Weimar, 30. Juli.

Die in der Denkschrift des Ministerpräsidenten kurz zitierte Denkschrift des Generals Ludendorff hat folgenden Wortlaut: Chef General-Quartiermeister.

Großes Hauptquartier, den 14. September 1917.
Bei den Verhandlungen in Berlin ist unsere und die Lage anderer Teile besprochen. Ich halte mich verpflichtet, hierauf nochmals zurückzukommen und den Gedankengang schriftlich wiederzugeben, in dem ich mich bewegte. Ich habe ihn hier in Bezug auf Landwirtschaft und Handelsverkehr erweitert. Unsere im Innern ist nach Angabe der Ressortdirektoren schwierig in Bezug auf Futter und Kohlen. In Bezug auf Kohlen selber nicht unerschütterlich durch Verhältnisse früherer Monate. Unsere Finanzwirtschaft ist außerordentlich angespannt. Durch die Reichsengemessene ist unsere Lage im Innern zu einer wenig erfreulichen gemacht. Die Arbeiter, und dann auch die Ersatzfrage hat sich verschärft. Ich meine aber, diese inneren Schwierigkeiten müssen durch die feste Leitung der jetzigen Regierung überwunden werden; möglich ist es, Österreich-Ungarn ist, wie ich es hier nicht näher erläutern will, für die nächsten Monate durchaus an uns gefesselt. Auch Bulgarien wird entgegenkommender, nachdem westlich des Ostsees die Franzosen lokale Vorteile erlangen haben. Der Türkei sind wir vorläufig sicher. Das unsere militärische Lage festgelegt ist und der U-Boot-Krieg wirkt, brauche ich nicht weiter auszuführen. Dem gegenüber ist die Lage der Entente erheblich schwieriger. Rußland treibt die innere Auflösung entgegen. Damit scheidet es als vollwertiger Gegner gänzlich aus. Die inneren Zustände müssen eine Verpflegung- und Heizmittellücke im Winter mit Sicherheit hervorbringen. Diese Zustände werden auf Rumänien zurückwirken. Die Verhältnisse im Osten haben für uns eine sehr günstige Gestalt angenommen. Die übrigen Ententemächte haben mit England und Rumänien nicht mehr im vollen Umfang rechnen können. Nechliche Erscheinungen weisen unser Bündnis nicht auf.

Italien rechnet anscheinend auf einen Erfolg in der großen Isonzo-Schlacht, der sich ihm verfahren bleiben. Die inneren Verhältnisse treiben damit zur Krise. Die Kohlennot muß sehr groß werden.

Das das neue Ministerium in Frankreich für die Dauer kriegerischer sein wird als das bisherige, ist nicht anzunehmen. Das Gegenteil ist zu erwarten. Auch Frankreich steht vor einer Kohlennot. Alle neuen Nachrichten aus Frankreich stimmen darin überein, daß der U-Bootkrieg wirkt, daß die Ernährungsfrage schwierig ist, und daß die englische Regierung mit starken Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Der Drang nach Frieden in England wird stärker. Ich brauche mich hierüber nicht näher auszulassen. Sollte England ernstliche Schritte unternehmen, so wäre das ein Zeichen, daß es nicht mehr glaubt, den Krieg zu gewinnen. Von hier bis zur Ueberzeugung, daß es nur noch verlieren kann, ist kein weiterer Schritt.

Die Öffnung der Entente seit Rußlands Niederlage ist Amerika. Es darf, wenn auch nicht unterschätzt, aber auch nicht überschätzt werden.

Zur Zeit scheint England zu befürchten, daß die Führung der Entente an Amerika übergeht.

Wie das Verhältnis Italiens und seiner Bundesgenossen ist, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls sind starke Reibungen unter den Mitgliedern der Entente entstanden.

Große kriegerische Erfolge hat das Jahr 1917 der Entente bisher nicht gebracht. Nur Mesopotamien ist von England gewonnen. Die großen Waffenerfolge zu Lande und zu Wasser stehen auf unserer Seite (U-Boote).

Ich ziehe den Schluß:

Unsere militärische Lage ist günstiger als die der Entente. Unser Bündnis ist fester. Die Schwierigkeiten im Innern sind bei uns geringer als bei der Entente.

Trotzdem bin ich auch der Ansicht, daß ein Frieden für uns vor Beginn des Winters erstrebenswert ist, wenn er uns das nötige bringt, was wir zur Sicherstellung unserer späteren wirtschaftlichen Entwicklung bedürfen und uns in eine militärische und wirtschaftliche Lage versetzt, die uns einem neuen Verteidigungskrieg mit Ruhe ins Auge sehen läßt.

Die Kraftquellen unseres militärischen und unseres wirtschaftlichen Widerstandes liegen — außer in der Armeee- und Flotte — in der Landwirtschaft, den Bodenschätzen und unserer stark entwickelten Industrie.

Ohne Rumänien und die anderen besetzten Gebiete wären wir in eine hoch bedenkliche Verpflegungslage gekommen. Auch mit Rumänien ist sie ernst genug geblieben. Sie würde sich noch verschärfen, wenn wir, wie wir später hoffen müssen, Belgien zu verpflegen haben. Dies können wir zur Zeit nicht. Wir müssen daher einen Zuwachs an Land erhalten. Diesen finden wir nur in Rußland und Litauen, die gute landwirtschaftliche Möglichkeiten bieten. Bei der Haltung Polens müssen wir aus militärischen Rücksichten die Grenzen Litauens über Grodno nach Süden schieben und Ost- und Westpreußen etwas vergrößern. Erst dann können wir Preußen schützen. Auch an einigen Stellen der Provinz Posen läuft die Grenze militärisch zu ungunsten. Ob wir mit Rußland auf die anderen Eisenerzprovinzen ausgreifen können, muß der weiteren politischen Entwicklung überlassen bleiben.

Wie künftig ein besserer Lebensmittelstand unser Verhältnis zu den neutralen Staaten beinhalten würde, soll hier nur gestreift werden. Korn und Getreide sind Recht wie Kohle und Eisen.

Unsere Bodenschätze und unsere Industrie liegen an den Grenzen des Reichs so ungunstig wie möglich. Regierung und Reichstag hatten die schwierige Lage des oberdeutschen Bodens schon vor dem Kriege erkannt und Standorte dort vermehrt und verstärkt. Dies allein genügt nicht, wir müssen Oberflächenerde auch durch Landgewinnung schützen. Eine Landbahn der dort liegenden, im feindlichen Besitz befindlichen Werke mit Übergang in deutsche Hand würde dies erleichtern.

Im Westen haben wir die beiden großen Zentren, das luxemburgisch-luxemburgische Erzbecken mit dem Saarrevier und das niederländisch-westfälische Industriegebiet, das sich nach der belgischen und holländischen Grenze zu immer mehr ausbauen wird. Die Befestigung dieser Gebiete ist in diesem Kriege nicht in Erscheinung getreten, weil wir im Aufmarsch der Entente zugekommen sind. Außerdem war die Bedeutung der Industriegebiete Anfangs überaus nicht voll erkannt. Hieran besteht jetzt kein Zweifel, und es muß damit gerechnet werden, daß unsere Feinde alles versuchen werden, uns in diesen Gebieten zu treffen. Würde nur dies gelingen, so wären wir nicht in der Lage, einen Ver-

teidigungskrieg zu führen. Wir wären auch wirtschaftlich erledigt.

Die inneren politischen Folgen brauche ich nicht zu erörtern. Der sichere Schutz dieser beiden Gebiete ist für uns eine Lebensfrage. Wie müssen hier das erreichen, was wir irgend erreichen können und wozu unsere Lage berechtigt. Erreichen wir nichts, so kann an unsere Lage nur mit schwerer Sorge gedacht werden, und es wäre dann vorzugehen, weiter zu kämpfen und noch nicht an Frieden zu denken. Wir müssen uns klar darüber sein, daß das, was wir nicht erreichen, im Frieden durch hohen militärischen Aufwand (Flugabwehr, Unterhaltung von Fliegerstreitkräften, starke Grenzbesatzung) ausgeglichen werden muß, soweit dies überhaupt möglich ist.

Das langfristige Erzbecken verlangt einen Geländezuwachs nach Westen. Je größer er ist, desto leichter wird die Sicherung. Der Weisheit der Grenze wie vor dem Kriege würde es mit sich bringen, daß jede politische Beunruhigung auf die Werke mit ihrer starken Arbeiterkraft zurückwirken würde. Bei Beginn von Feindseligkeiten wäre der Betrieb lahmgelegt und Zerstörungen ausgeführt. Auch in dem zu erwartenden Gebietsstreifen liegen Gruben. Zunächst würde dieser Zuwachs gestalten, im Frieden sparsamer mit unseren Erzen umzugehen. Da die deutschen Erzvorkommen leider sehr beschränkt sind, ist dieser Punkt nicht unwesentlich. Vor allem aber würde der zu erwartende Gebietsstreifen eine Gewähr geben, daß die jetzt in deutschem Besitz befindlichen Gruben auch im Kriege arbeiten, wenn sie dann unmittelbar militärischen Schutz haben. Selbstverständlich bleibt das Gebiet durch Artillerie und Flieger immer sehr gefährdet und wird starke Sicherheitsmaßnahmen nötig machen, da wir unsere Grenzen dort nicht bis zur Maas verschieben können.

Um so dringender ist die unterstrichene Erhaltung des niederdeutschen-westfälischen Gebiets. Was die flandrische Küste für Aufstiege auf England für dieses Land ist, das ist die Maaslinie bei Lüttich in noch erhöhtem Maße für das Industriegebiet. Wir müssen das Gebiet zu beiden Seiten der Maas und südwärts bis Salnt Vith fest in der Hand behalten. Bisher sehe ich nur in der Ueberleitung durch das Deutsche Reich die Mittel, dies zu erreichen. Ob es ein anderes Mittel gibt, muß ich dahingestellt sein lassen. Vorläufig scheint es mir noch nicht gefunden.

Der Besitz der Maaslinie allein genügt nicht, um dem Industriegebiet die erforderliche Sicherheit zu geben. Wir müssen ein englisch-belgisches-französisches Heer noch weiter zurückziehen. Dies kann nur dadurch geschehen, daß Belgien wirtschaftlich so eng an uns angeschlossen wird, daß es auch seinen politischen Anschluß an uns sucht. Der wirtschaftliche Anschluß wird ohne starken militärischen Druck — längere Okkupation — und ohne Befreiung von Lüttich nicht ins Werk zu setzen sein. Die Neutralität Belgiens ist ein Phantom, mit dem praktisch nicht gerechnet werden darf. Ganz sicher wären wir erst, namentlich da der Tunnelbau Dover-Galais Wirklichkeit wird, wenn wir ganz Belgien militärisch besetzen und an der flandrischen Küste hängen. Trotz aller Schwierigkeiten Englands können wir dies zur Zeit nicht erreichen. Es fragt sich, ob wir um dieses Ziel den Krieg fortsetzen müssen. Das ist meines Erachtens der Fall, wenn die Engländer einen Gebietsstreifen in Frankreich (Galais) behalten. Tun sie das nicht, so wäre der Besitz der flandrischen Küste für uns kein Grund zur Fortsetzung des Krieges über den Winter hinaus. Wir müssen dann die von der flandrischen Küste erstrebte Einwirkung auf England auf Umwegen erreichen können. Ich halte dies für möglich, wenn Belgien wirtschaftlich mit dem Deutschen Reich eng verbunden in Wallonien und Flandern gestellt, mit der Zeit den Schutz gegen Frankreich und England selbst übernimmt und nach Beendigung der Okkupation sich ein Heer und eine Marine hält.

Der Anschluß Belgiens an Deutschland wird zur Folge haben, daß bei einer Klar für Ziel verfolgenden Politik Holland an uns gezogen wird, zumal wenn kein Kolonialbesitz durch ein mit uns verbündetes Japan garantiert wird. Damit kommen wir wieder an die England gegenüberliegende Festlandküste und dementsprechend das Ziel, das die Marine schon jetzt in richtiger Erkenntnis seiner Bedeutung anstrebt. Wir erhalten eine Stellung England gegenüber, die es uns ermöglicht, unseren Handel im nächsten Kriege aufrechtzuerhalten. Dies ist das dritte große Ziel, das wir nicht aus den Augen verlieren dürfen.

Diesem gehören außer Rußland überseeische Absatzgebiete in Südamerika, ein Kolonialreich in Afrika und feste Stützpunkte in und außerhalb des Kolonialreiches. Namentlich wenn wir jetzt auf die flandrische Küste verzichten, hat die Marine ein Recht, Stützpunkte als Kompensation, wie das auch der Herr Reichskanzler ausgesprochen hat, zu fordern, die es ihr ermöglichen, im nächsten Kriege Deutschland den Weg auf dem Weltmeer und damit seine Zufuhr von außen zu erhalten. Je mehr wir von diesem Ziel zurückbleiben, desto ärger werden die Mittel, die wir zinslos an Rohstoffen in Deutschland niederlegen müssen.

Das ein durch günstige Handelsverträge eng mit uns verbundenen Dänemark unsere maritime Haltung und unsere Handelsfreiheit stark erhöhen würde, sei nur gestreift.

Diese Denkschrift beweist aufs neue die Schuld der Militärkamarilla und der sie unterstützenden politischen Kreise an der maßlosen Verlängerung des Krieges. Die wahnwitzigen Annexionsforderungen, die hierin niedergelegt sind, waren schuld, daß jede Verständigung verhindert wurde, sie haben schließlich den vollständigen Zusammenbruch Deutschlands verursacht. Nach zu einer Zeit, wo Deutschland innenpolitisch schon vollkommen erschöpft war, wo die militärische Lage äußerlich zwar günstig aussah, durch den Zutritt Amerikas sich aber von Tag zu Tag verschlechterte, wo für jeden Postille, der nicht ganz in all-deutschen Vorstellungen sich verstrickt hatte, nur noch die eine Frage zu lösen war, wie auf schnellste Weise der Friede herbeigeführt werden könne, hat Ludendorff die Annexionsforderungen der Schwerindustrie und der Großagrarier wiederholt. Diese Denkschrift ist ein neuer und klarer Beweis für das ungeheure Verbrechen, das am deutschen Volke begangen worden ist!

Der Wiederaufbau von Nordfrankreich.

Berlin, 30. Juli. (W. T. O.)

Heute abend fährt eine Kommission von deutschen Unternehmern und Arbeitern nach Versailles, um mit der französischen Unterkommission die Einzelheiten wegen der Befreiung freier Zivilarbeiter für den Wiederaufbau Nordfrankreichs zu vereinbaren.

Internationaler Gewerkschaftskongress.

Konferenz, 30. Juli.

Auf dem hier tagenden Internationalen Gewerkschaftskongress sind folgende Länder vertreten: Amerika mit 3 Delegierten in Vertretung von 3 600 000 Mitgliedern, Belgien 4 Delegierte 450 000 Mitglieder, Dänemark 2 Delegierte 230 000 Mitglieder, Deutschland 6 Delegierte 235 000 Mitglieder, D. u. S. A. mit 10 Delegierten 5 400 000 Mitglieder, die sozialistischen deutschen Organisationen 1 Delegierter (Mitgliederszahl ist nicht angegeben), England 8 Delegierte 4 750 000 Mitglieder, Frankreich 14 Delegierte 1 500 000 Mitglieder, Holland niederländischer Gewerkschaftsbund, 10 Delegierte 230 000 Mitglieder, Holländischer nationaler Arbeitersekretariat 10 Delegierte 45 000 Mitglieder, Österreich 8 Delegierte 500 000 Mitglieder, Bismarck 3 Delegierte 21 000 Mitglieder, Norwegen 3 Delegierte 152 000 Mitglieder, Spanien 2 Delegierte 150 000 Mitglieder, Schweden 5 Delegierte 235 000 Mitglieder, Schweiz 3 Delegierte 200 000 Mitglieder.

Auf dem Kongress haben Amerika 4, Deutschland 6, England 5, Frankreich 2 und die übrigen Delegationen, beiseite die deutschen Sozialisten und das holländische Arbeitersekretariat je 1 Stimme.

Die ungarische Krise.

Budapest, 30. Juli.

Gegenüber Wiener Zeitungsäußerungen darüber, daß in Ungarn ein politischer Umsturz nahe bevorstehe und daß die Käterregierung abzutreten beabsichtige, ist das ungarische Telex- und Korrespondenz-Bureau zu der Feststellung ermächtigt, daß diese Behauptungen jeglicher Grundlage entbehren; die Käterregierung beharrt ihre Stellung, die Arbeiterchaft stehe einheitlich hinter der Käterregierung.

Budapest, 30. Juli. (Ungar. Korrespondenz.)

Als Antwort auf die Erklärung der Entente, mit der ungarischen Käterregierung nicht zu verhandeln, hat die Käterregierung an alle Proletarier der Welt einen Aufruf gerichtet in welchem es heißt:

Die Bourgeoisregierungen der Ententemächte wollen uns das noch des Kapitalismus nerverbinden aufzwingen. Man will uns in der Flut des Blutes und der Verleumdung ertränken, denn unser blöcher Weltstand bedeutet eine Gefahr für sie, die in Teilung der Beute auch die letzten Reste ihrer nünfternen Arbeitsfähigkeit verloren haben. Die Ententeregierungen wollen mit dem Käter-Regime nicht verhandeln können, da die Macht des Proletariats nicht auf dem Volkswillen ruhe. Das sagen die, die ihre Volksmacht von den vor 8 bis 10 Jahren gewählten Bourgeoisparlamenten erhalten haben, jene, die entgegen dem Volkswillen einen Krieg eingeleitet und Jahre hindurch geführt haben, die Vorkriegsbedingungen aus erloschenen Ländern zu ihren Verbänden gemacht haben und Kolonien unterjocht haben. In Budapest allein haben 500 000 Arbeitende bei den ersten Arbeiterstreikwahlen abgestimmt in einer Stadt, die kaum eine Million Seelen zählt. Doch das bedeutet in ihren Augen nicht die Offenbarung des Volkswillens, denn in ihren Augen bedeutet Maß der Wille der Bourgeois die den Volkswillen. Wir fordern Euch Arbeitende aller Länder, die Proletarierorganisationen der ganzen Welt auf, schickt Eure Abgeordneten her und besichtigt durch sie unsere Arbeit, die den Kapitalismus zertrümmert und den Sozialismus aufbaut. Schickt Eure Abgeordneten, um die Wirkung der Modade Eurer humanen Regierungen zu sehen.

Prag, 30. Juli. (Tschecho-Slowakisches Press-Bureau.) In der Antwort auf die Friedensversicherungen in der Note Sela Kunis verlangt der Ministerpräsident Tuzar die Herabsetzung der ungarischen Truppen auf die durch die Friedenskonferenz festgesetzte Zahl, dann werde die Tschecho-Slowakei folgen. Er verlangt weiter eine Erklärung, daß die ungarische Regierung mit der in der Slowakei eingeführten Gegenregierung keine Verbindung unterhalte und jede Feindseligkeit gegen die Tschecho-Slowakei unterlasse werde.

Aufnahme des Telegrammverkehrs mit England.

Berlin, 30. Juli.

Der Privattelegrammverkehr mit Großbritannien ist wieder aufgenommen. Die Gebühr für das Wort beträgt bei gewöhnlichen Telegrammen 65 Pf. Die Erhöhung gegenüber den Vorkriegstarifen ist hauptsächlich darin begründet, daß die Telegraphenabrechnung mit den fremden Verwaltungen nach Goldfranken aufzustellen ist, während die Gebühren nach dem jetzigen niedrigen Markkurs erhoben werden. Mit der Besserung des Kurses werden auch die Gebühren entsprechend heruntergehen. Zugelassen sind Telegramme in offener, in secret-rebeter und in chiffrierter Sprache. Wegen Zulassung des Telegrammverkehrs mit weiteren Ländern über Großbritannien hinaus sind noch Verhandlungen im Gange.

Theaternachrichten.

Im kleinen Schauspielhaus geht am heutigen Tage zum 300. Male „Die Waise der Sandora“ von Franz Webedind in Szene. Besetzung: Gertrud Eysoldt, Gildewitz, Danna Ralph, Rodrigo, Emil Jannings, Schigolch, Werner Krauß.

Im Theater i. d. Köpenicker Straße gelangt heute (Donnerstag) die Komödie von Hans Apol „Der Hühnerling“ in der bekannten Besetzung zum 50. Male zur Aufführung.

Im Berliner Theater findet am Sonntag, den 2. August, abends 7 Uhr, die erste Aufführung des Couplettes „Die Dame im Braut“ von Vordes-Wilo statt, in dem Richard Tenius, der langjährige Komiker des Theaters am Rollendorfsplatz, eine der Hauptrollen spielen wird.

Die Freie Welt

Illustrierte Wochenschrift der U. S. P. D.

Heft 11

ist soeben erschienen

20 Pfennig.

Vierteljährlich 2,50 Mk

Theater i. d. Königgräber Str.

Heute 1/2 8 Uhr:

Zum 50. Male:

Der Häuptling

Komödie in 3 Akten von Paul Apel.

Theater und Vergnügungen.

Volkshöhle. Theater am Hühnerplatz, 5 Uhr: Der heilige Florian, Freitag, den 1. August, zum 1. Male: „Der Kulturreiz“.

Trianon-Theater. 81, Friedrichstr. 12, 4877, 200, 8 Uhr: Zum 319. Male: **Der gute Ruf** von Hermann Sudermann. Sonntag 4 Uhr: **Johannistag.**

Waltha-Theater 7 1/2 Uhr: Ein Frau des Mörders.

Berliner Prater Kastanien-Allee 7-9 **Neptun's Bummelfahrt** Jede Viertelstunde in 3 Min. In der Tanzdialekt **Ball.** Varieté Anfang 4 Uhr.

Königgräber Straße 8 Uhr: **Der Häuptling.** **Komödienhaus** an der Marschallbrücke. Gastspiel **Luce Hühlich.** 8 Uhr: Liebeslied von der Platz. **Berliner Theater** 18 Uhr: **Die tolle Komödie.**

Deutsches Theater Allabendlich 8 Uhr **Max Pallenberg** in „Auch ich war ein Jüngling.“ (Schwank)

Rammerspiele Allabendlich 8 Uhr: Leopoldine Konstantin in **Das Weib** und der **Hampelmann.**

Theater des Westens Allabendlich 7 1/2 Uhr: **Mis Winters** Hans Walmann in **Die Geisha.**

Lessing-Theater Sommerspielzeit. Leitung: Hans Sternberg. Gastspiel **Guido Thielen.** 8 Uhr: **Charles's Tante.**

Deutsches Künstler-Theat. Allabendlich 8 Uhr: **Max Adolph** in **Die Rutschbahn.**

Neues Operettenhaus Allabendlich 7 Uhr 15 Min. **Die Dame vom Circus.**

Residenz-Theater. Untergrund. Klosterstraße. Ausgang **Stralauer Straße.** 8 Uhr: Zum 194. Male: **Das höhere Leben.**

Schauspiel von Sudermann. Regie: Alfred Rottler.

Ballschmieders Varieté-Garten Badstrasse 18. **Weissenauer Sommer-Theater** Prenzlauer Promenade 6-9. Dirz Gerh. Dammann

Täglich 12 Varieté-Nummern **Grosses Theater-Orchester** Eröffnung der Gärten: **Wochentags 3 1/2 Uhr** **Sonntags 2 1/2 Uhr** **Begleit des Konzerts: Wochentags 6 Uhr** **Sonntags 5 Uhr** **Begleit des Varietés: Wochentags 7 Uhr** **Sonntags 6 Uhr** **Über Vermietung der Gärten an Vereine wenden** man sich an die **Direktion.**

Fortuna-Lichtspiele **Müllerstr. 12 c.** **Am Donnerstag, 31. 7.** **Heute unwiderruflich letzter Tag.** **§ 175** **anders als die Andern.** **Aus dem Leben der Homosexuellen.** — Täglich 8 und 8 Uhr. —

Säle frei für Vereine, Versammlungen, Gesellschaften **Kellers Konzert- u. Festsäle** **Koppenstr. 29.** **Koppenstr. 29.**

Säle frei für Vereine, Gesellschaften, Versammlungen **Berliner Vereins-Konzertsäle** **Kommandantenstr. 58-59.** **Morditzplatz 101/102.**

Säle frei für Vereine, Versammlungen, Gesellschaften **Central-Festsäle** **Alte Jakobstr. 32.** **Alte Jakobstr. 32.** **Direktion: Schilger & Engler.** **Kadante Bedingungen.** **Norden 9292 u. 9293.**

Möbel- wie Versicherungen General-Agent **Jolles, SO 16, Kaiser-Franz-Grändler-Platz 6, II**

Vergnügungspark **Schlussstrasse bei Schöneberg** **Hauptstr. 122-123.** **3 große Entscheidungskämpfe** **Als erster kommt zur Entscheidung** **Hambula gegen Tom Jackson** (Amerika) **Der australische E. (20-20)** **Zweiter Entscheidungskampf** **Winter gegen Pietro Scholz** (Frankfurt) **Dritter Entscheidungskampf** **Pinezhil gegen Barikowak** (Schönberg) **Konzert. Spezialitäten** **Großer Ball**

Soeben erschienen: **Für ein Inseraten-Monopol** von **E. E. Herm. Schmidt** **Mk. 3.-** gegen Nachnahme durch den Verlag **„DER WERBERAT“** **BERLIN W 30** **Karl Schröder Straße 1**

Neu! Neu! **Hugo Haase:** **Reichstagsreden gegen die deutsche Kriegspolitik** **Preis dauerhaft kartoniert Mark 4.-** (und 10% Teuerungszuschlag). **Die nach dem amtlichen Stenogramm hier gesammelten Reden des Führers der U. S. P. D. sind jeder, der sich ein Urteil über die Fehler und Verbrechen der deutschen Kriegspolitik bilden will, gelesen haben.** **Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und** **Verlag Neues Vaterland, E. Berger & Co.** **Berlin W 62, Kurfürstenstraße 125.** **Man verlangt Gratisprospekte sozialist. Schriften.**

Leonhard Fränk **Der Mensch ist gut** **Volksausgabe 1-50 Tausend M. 3.-** **Fränk's Novellenbuch ist die** **große Dichtung unserer Zeit** **gegen den Krieg gegen den Völkerverhaß** **gegen die Gewalt. Diese Schöpfung** **reißt das Tor zum neuen Zeitalter auf** **und leuchtet in dem Zeichen der Zukunft: Weltfriedenshoffnung. Das Werk ist die erste Proklamierung eines deutschen Dichters zur internationalen revolutionären Solidarität.** **Durch alle Buchhandlungen zu beziehen: Gustav Kiepenheuer Verlag Potsdam**

Feuriger Santa Lucia Feuriger Subweim **kläglich in Apotheken, Drogen-, Kolonialgeschäften.** **Grosso-Vertrieb Berstr. 34, Norden 6522.**

Dr. med. Karl Reinhardt **Berlin, Potsdamer Straße 117 (a. d. Lützowstrasse)** **Haut- und Harnarzt** **bewährte, technische Behandlung.** **Unentgeltliche Anamnese und ausführliche gratis-Broschüren (Beschreibung sämtlicher Heilverfahren) in den Sprechstunden von 10-12 mittags, 1-4 abends, Sonntags 11-1 Uhr (im verschlossenen Brief Mk. 1,20).** **Rat, Beistand, mit Frau, Taktvoll, Pfl., Mund-, Stomat., Zahnärztliche, Landerichterst Dr. v. Kirchbach-Gesellschaft (geg. Bild 3-7 Uhr, Briefe) Beobacht., Mitw. namh. Juristen, Staats- u. V. Verurteilungen.**

Prozesse, Alexanderstr. 45. **Rat, Beistand, mit Frau, Taktvoll, Pfl., Mund-, Stomat., Zahnärztliche, Landerichterst Dr. v. Kirchbach-Gesellschaft (geg. Bild 3-7 Uhr, Briefe) Beobacht., Mitw. namh. Juristen, Staats- u. V. Verurteilungen.**

„Freiheit“-Leser im Petersburger Viertel **Unsere Spedition befindet sich ab 1. August bei dem Genossen Weuzels, Kadner Straße II, im Laden. Sämtl. Bestellungen usw. bitten wir dorthin zu richten.**

Freiheit-Leser! **Unsere Leser des Frankfurter Viertels werden vom 1. August 1919 ab von der** **Spedition Lohde, Markusstr. 23** **beliefert. Sämtliche Bestellungen usw. bitten wir dorthin zu richten.**

An unsere Leser, welche in den Straßenzügen zwischen Invaliden- und Elsasser Straße wohnen, richten wir das Ersuchen, für Abonnement vom 1. August 1919 ab bei dem **Spediteur Wutzky, Johannisstr. 9** **anzugeben.**

Freiheit-Leser **im alten Hansaviertel zwischen Bahnh. Bellevue und Bahnh. Tiergarten** **Vom 1. August ab werden unsere Abonnenten in vorstehendem Viertel durch den Spediteur Tornschier, Lübecker Straße II, beliefert. Dorthin bitten wir zuverlässig die Bestellungen anzugeben.**

Spezial-Arzt **Dr. Haut-, Harn- und Frauen- u. Lenden, Salvarian-Kuren, Urogenitaluntersuchungen, Damen- und Herren-Abteilung.** **Erste und Beste Heil-Anstalt Löser** **Dir.: Löser senior.** **Spezial-Arzt Dr. Skottlitz** **11, 1-1, Issel, II-1**

Freiheit-Leser **im alten Hansaviertel zwischen Bahnh. Bellevue und Bahnh. Tiergarten** **Vom 1. August ab werden unsere Abonnenten in vorstehendem Viertel durch den Spediteur Tornschier, Lübecker Straße II, beliefert. Dorthin bitten wir zuverlässig die Bestellungen anzugeben.**

Freiheit-Leser **im alten Hansaviertel zwischen Bahnh. Bellevue und Bahnh. Tiergarten** **Vom 1. August ab werden unsere Abonnenten in vorstehendem Viertel durch den Spediteur Tornschier, Lübecker Straße II, beliefert. Dorthin bitten wir zuverlässig die Bestellungen anzugeben.**

Freiheit-Leser **im alten Hansaviertel zwischen Bahnh. Bellevue und Bahnh. Tiergarten** **Vom 1. August ab werden unsere Abonnenten in vorstehendem Viertel durch den Spediteur Tornschier, Lübecker Straße II, beliefert. Dorthin bitten wir zuverlässig die Bestellungen anzugeben.**

Freiheit-Leser **im alten Hansaviertel zwischen Bahnh. Bellevue und Bahnh. Tiergarten** **Vom 1. August ab werden unsere Abonnenten in vorstehendem Viertel durch den Spediteur Tornschier, Lübecker Straße II, beliefert. Dorthin bitten wir zuverlässig die Bestellungen anzugeben.**

Freiheit-Leser **im alten Hansaviertel zwischen Bahnh. Bellevue und Bahnh. Tiergarten** **Vom 1. August ab werden unsere Abonnenten in vorstehendem Viertel durch den Spediteur Tornschier, Lübecker Straße II, beliefert. Dorthin bitten wir zuverlässig die Bestellungen anzugeben.**

Freiheit-Leser **im alten Hansaviertel zwischen Bahnh. Bellevue und Bahnh. Tiergarten** **Vom 1. August ab werden unsere Abonnenten in vorstehendem Viertel durch den Spediteur Tornschier, Lübecker Straße II, beliefert. Dorthin bitten wir zuverlässig die Bestellungen anzugeben.**

Freiheit-Leser **im alten Hansaviertel zwischen Bahnh. Bellevue und Bahnh. Tiergarten** **Vom 1. August ab werden unsere Abonnenten in vorstehendem Viertel durch den Spediteur Tornschier, Lübecker Straße II, beliefert. Dorthin bitten wir zuverlässig die Bestellungen anzugeben.**

Freiheit-Leser **im alten Hansaviertel zwischen Bahnh. Bellevue und Bahnh. Tiergarten** **Vom 1. August ab werden unsere Abonnenten in vorstehendem Viertel durch den Spediteur Tornschier, Lübecker Straße II, beliefert. Dorthin bitten wir zuverlässig die Bestellungen anzugeben.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband, **Verwaltungsstelle Berlin N. 64, Einienstraße 83/85.** **Grüßungszeit von 9-4 Uhr.** **Telephon: Amt Norden 185, 1299, 1987, 9714.**

Achtung! Heute! Achtung! **Elektromonteuere und Helfer!** **Donnerstag, den 31. Juli 1919, abends 6 Uhr** **Branchen-Versammlung** **in den Cyprien-Gärten, Cyprienstraße 17/18 (großer Saal).** **Zagordnung:** **1. Bericht vom Gewerkschaftsausschuss (Berichterhalter: Kollege Müller), 2. Die Vereinbarkeiten zwischen uns und Arbeitgebern, 3. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern, 4. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern, 5. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern, 6. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern.** **Die Verhandlungen werden durch folgende Kommissionen zu machen:** **1. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern, 2. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern, 3. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern, 4. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern, 5. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern, 6. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern.** **Die Verhandlungen werden durch folgende Kommissionen zu machen:** **1. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern, 2. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern, 3. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern, 4. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern, 5. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern, 6. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern.**

Freitag, den 1. August 1919, nachm. 5 Uhr **im Saal von Schirra, Glatzstr. 8** **Versammlung** **aller in der Schreibmaschinen-Branche beschäftigten Kollegen und Kollegen.** **Zagordnung:** **1. Bericht über die Verhandlungen der Interessierten zu unserer Forderung, 2. Diskussion.** **Die Ortsverwaltung.**

Intern. Bund d. Kriegsbefähigten u. -Hinterblieb. **Bezirk Norden 5.** **Km Freitag, den 1. August 1919 findet eine** **Außerordentliche Bezirksversammlung** **in der Schöner-Gasse, Schönfelder Straße 7, statt.**

Inf. Bund der Kriegsbefähigten Süd-Ost. **Mitglieder-Versammlung** **im Reichsberger Hof, Reichsberger Str. 117.** **Eintritt nur mit Mitgliedskarte.**

Zentralverband der Handlungsgehilfen **Bezirk Groß-Berlin.** **Donnerstag, den 31. Juli, abends 7 Uhr** **in den Mustertieren, Kaiser-Wilhelm-Str. 31** **Öffentliche Versammlung** **aller im Leder-, Lederverwaren und Schuhgroßhandel und der Fabrikation beschäftigten kaufmännischen Angestellten.** **Zagordnung:** **1. Bericht über die Verhandlungen, 2. Diskussion, 3. Beschlüsse.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband **Verwaltung Berlin.** **Rungestr. 30. Telephon Amt Wpl. 10623 u. 8578.**

Freitag, den 1. August 1919, nachm. 6 Uhr, **bei Voeker, Weberstr. 17:** **Branchen-Versammlung** **der Kisten- und Koffermacher!** **Zagordnung:** **1. Bericht vom Verbandstag und Generalversammlung, 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.** **Die Ortsverwaltung.**

Freiheit-Leser! **Die Abonnenten in den Straßenzügen zwischen Greifswalder- und Landsberger Straße, rechte Seite und zwischen Friedenstraße 1-29, sowie in dem Viereck bis an den Alexanderplatz werden vom 1. August an von der** **Spedition Werner** **Greifswalder Straße 29 bedient. Dorthin sind alle Meldungen zu richten.**

Nicht in 6-8 Wochen **sondern in 3-5 Tagen werden alle Militär- und Zivilgarderoben, Stoffe, Leinen, Laken, Seide etc. in jeder Farbe leicht und farbecht gefärbt. Treuerhalten binnen 24 Stunden.** **Schnellfärberei, chem. Reinigung, Kopiererei** **(Tel.: Amt Nord-West. (Haus 1075) (Gatz & Sieg)** **Fabrik, Contor u. Hauptgeschäft: Götzowstr. 13** **Anzahlbestellungen werden nicht vergeben.**

Freiheit-Leser! **Die Abonnenten in den Straßenzügen zwischen Greifswalder- und Landsberger Straße, rechte Seite und zwischen Friedenstraße 1-29, sowie in dem Viereck bis an den Alexanderplatz werden vom 1. August an von der** **Spedition Werner** **Greifswalder Straße 29 bedient. Dorthin sind alle Meldungen zu richten.**

Freiheit-Leser! **Die Abonnenten in den Straßenzügen zwischen Greifswalder- und Landsberger Straße, rechte Seite und zwischen Friedenstraße 1-29, sowie in dem Viereck bis an den Alexanderplatz werden vom 1. August an von der** **Spedition Werner** **Greifswalder Straße 29 bedient. Dorthin sind alle Meldungen zu richten.**

Freiheit-Leser! **Die Abonnenten in den Straßenzügen zwischen Greifswalder- und Landsberger Straße, rechte Seite und zwischen Friedenstraße 1-29, sowie in dem Viereck bis an den Alexanderplatz werden vom 1. August an von der** **Spedition Werner** **Greifswalder Straße 29 bedient. Dorthin sind alle Meldungen zu richten.**

Freiheit-Leser! **Die Abonnenten in den Straßenzügen zwischen Greifswalder- und Landsberger Straße, rechte Seite und zwischen Friedenstraße 1-29, sowie in dem Viereck bis an den Alexanderplatz werden vom 1. August an von der** **Spedition Werner** **Greifswalder Straße 29 bedient. Dorthin sind alle Meldungen zu richten.**

Freiheit-Leser! **Die Abonnenten in den Straßenzügen zwischen Greifswalder- und Landsberger Straße, rechte Seite und zwischen Friedenstraße 1-29, sowie in dem Viereck bis an den Alexanderplatz werden vom 1. August an von der** **Spedition Werner** **Greifswalder Straße 29 bedient. Dorthin sind alle Meldungen zu richten.**

Freiheit-Leser! **Die Abonnenten in den Straßenzügen zwischen Greifswalder- und Landsberger Straße, rechte Seite und zwischen Friedenstraße 1-29, sowie in dem Viereck bis an den Alexanderplatz werden vom 1. August an von der** **Spedition Werner** **Greifswalder Straße 29 bedient. Dorthin sind alle Meldungen zu richten.**

Freiheit-Leser! **Die Abonnenten in den Straßenzügen zwischen Greifswalder- und Landsberger Straße, rechte Seite und zwischen Friedenstraße 1-29, sowie in dem Viereck bis an den Alexanderplatz werden vom 1. August an von der** **Spedition Werner** **Greifswalder Straße 29 bedient. Dorthin sind alle Meldungen zu richten.**

Freiheit-Leser! **Die Abonnenten in den Straßenzügen zwischen Greifswalder- und Landsberger Straße, rechte Seite und zwischen Friedenstraße 1-29, sowie in dem Viereck bis an den Alexanderplatz werden vom 1. August an von der** **Spedition Werner** **Greifswalder Straße 29 bedient. Dorthin sind alle Meldungen zu richten.**

Freiheit-Leser! **Die Abonnenten in den Straßenzügen zwischen Greifswalder- und Landsberger Straße, rechte Seite und zwischen Friedenstraße 1-29, sowie in dem Viereck bis an den Alexanderplatz werden vom 1. August an von der** **Spedition Werner** **Greifswalder Straße 29 bedient. Dorthin sind alle Meldungen zu richten.**

Freiheit-Leser! **Die Abonnenten in den Straßenzügen zwischen Greifswalder- und Landsberger Straße, rechte Seite und zwischen Friedenstraße 1-29, sowie in dem Viereck bis an den Alexanderplatz werden vom 1. August an von der** **Spedition Werner** **Greifswalder Straße 29 bedient. Dorthin sind alle Meldungen zu richten.**

Freiheit-Leser! **Die Abonnenten in den Straßenzügen zwischen Greifswalder- und Landsberger Straße, rechte Seite und zwischen Friedenstraße 1-29, sowie in dem Viereck bis an den Alexanderplatz werden vom 1. August an von der** **Spedition Werner** **Greifswalder Straße 29 bedient. Dorthin sind alle Meldungen zu richten.**

Freiheit-Leser! **Die Abonnenten in den Straßenzügen zwischen Greifswalder- und Landsberger Straße, rechte Seite und zwischen Friedenstraße 1-29, sowie in dem Viereck bis an den Alexanderplatz werden vom 1. August an von der** **Spedition Werner** **Greifswalder Straße 29 bedient. Dorthin sind alle Meldungen zu richten.**

Freiheit-Leser! **Die Abonnenten in den Straßenzügen zwischen Greifswalder- und Landsberger Straße, rechte Seite und zwischen Friedenstraße 1-29, sowie in dem Viereck bis an den Alexanderplatz werden vom 1. August an von der** **Spedition Werner** **Greifswalder Straße 29 bedient. Dorthin sind alle Meldungen zu richten.**

Freiheit-Leser! **Die Abonnenten in den Straßenzügen zwischen Greifswalder- und Landsberger Straße, rechte Seite und zwischen Friedenstraße 1-29, sowie in dem Viereck bis an den Alexanderplatz werden vom 1. August an von der** **Spedition Werner** **Greifswalder Straße 29 bedient. Dorthin sind alle Meldungen zu richten.**

Freiheit-Leser! **Die Abonnenten in den Straßenzügen zwischen Greifswalder- und Landsberger Straße, rechte Seite und zwischen Friedenstraße 1-29, sowie in dem Viereck bis an den Alexanderplatz werden vom 1. August an von der** **Spedition Werner** **Greifswalder Straße 29 bedient. Dorthin sind alle Meldungen zu richten.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband **Verwaltungsstelle Berlin.** **Nachruf!** **Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegen der Mechaniker** **Kurt Weidenberg** **Oebelstraße 1, am 24. d. M.,** **der Revolver-Dreher** **Bernhard Schwertner** **am 27. Juni gestorben sind.** **Ehre ihrem Andenken!** **Die Ortsverwaltung.**

Todesanzeige. **Am Dienstag, den 29. d. M. verstarb die Frau unseres Kommunikationsmitgliedes Max Jurthe.** **Willi Kitzendorf,** **Ritter des E. K. L. u. II Kl. im vollendeten 24. Lebensjahre.** **Um stillen Beileid bitten wir, Kitzendorf u. Frau Jurthe, geb. Göttsche, Ww. Wally Heising, geb. Kitzendorf als Schwieger.** **Die Bestattung findet am Freitag, 1. August, nachm. 4 Uhr von der Halle des St.-Gumbertus-Kirchhofes, Barutherstr. 10, statt.**

Danksagung. **Für die rege Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Vaters sagen wir allen Verwandten, Freunden, Genossen, Kollegen und Mitbewohnern des Hauses unsern innigsten Dank.** **Gebührer Pionke, Neukölln.**

Lohnender Nebenverdienst **evtl. Vollverdienst bietet sich für jedermann, auch Frauen, durch Verkauf eines von jedem Mann und jeder Frau begehrt, leicht veräußerlichen Artikels. Für in Großbetrieben tätige Personen niemals wiederkehrende Gelegenheit. Angebote an** **W. Eberhardt,** **Berlin SW 29,** **Belle-Alliance-Straße 28.**

Küchen **von** **Maer 3.00-1800** **Indust. liefert. Dürfgier.** **Unverrichtete Auswahl** **Sämtliche Preise** **Direkt ab 1. April!**

Küchenmöbel-Fabrik - Lager **Nur** **Gr. Frankfurterstr. 4** **Ecke Grotzstraße**

Saal 1000 Pers. Fassend **zu Versammlungen, Vereinen** **Vorgängen etc. „Garde-Kasino“, Sophienstr. 34.**

Holzräder aller Größen **Leitwagen, Kastenwagen, Autos und detail. Weidlich** **Brannenstraße 56, Nord. 5622**

Metallbetten, **schwarz, braun 72,-, Chaiselougen 75,-, ein. Meubel, Auguststraße 32a, Quergeb. partier.**

Küchen, modern, mit und ohne Anrichte, roh, gestrichen, lackiert, tauchpreiswert. Küchenmöbel-Fabrik Himmels, Lohringstr. 22 (Schönhäuser Tor).

Silber, Gold, Münzen, Bruch, Platin, Zahngelbte **kauf Gewürz, Admistr. 33** **Kohlhauer Tor! Tel: Moritzplatz 11903.**

18 Elektrische Klavier-Zähler, 230 Volt, 6 Ampere preiswert zu verkaufen. **Elektron-Zentrale, Potsdamer Str. 103a, Lützow 2128.**

Gebrauchte Möbel gibt billig ab **Bredow, Choriner Straße 52.**

Göllernstr. 10 Pfund, russischer Lutter für Kranke, neuähnlich Handharmonika verkauft **Morschen, Neukölln, Hermannstraße 232.**

Militärkassentischel. **Größe 84, gut erhalten** **verkauft 90 M.)** **Koronowicz, Borsigstraße 31a, Quergeb. L.**

Verleihen gewasene und neue Möbel verkauft **billigst** **Soelig, Ebnasser Straße 17/18** **Kleiderschränke, Verkauft 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100, 105, 110, 115, 120, 125, 130, 135, 140, 145, 150, 155, 160, 165, 170, 175, 180, 185, 190, 195, 200, 205, 210, 215, 220, 225, 230, 235, 240, 245, 250, 255, 260, 265, 270, 275, 280, 285, 290, 295, 300, 305, 310, 315, 320, 325, 330, 335, 340, 345, 350, 355, 360, 365, 370, 375, 380, 385, 390, 395, 400, 405, 410, 415, 420, 425, 430, 435, 440, 445, 450, 455, 460, 465, 470, 475, 480, 485, 490, 495, 500, 505, 510, 515, 520, 525, 530, 535, 540, 545, 550, 555, 560, 565, 570, 575, 580, 585, 590, 595, 600, 605, 610, 615, 620, 625, 630, 635, 640, 645, 650, 655, 660, 665, 670, 675, 680, 685, 690, 695, 700, 705, 710, 715, 720, 725, 730, 735, 740, 745, 750, 755, 760, 765, 770, 775, 780, 785, 790, 795, 800, 805, 810, 815, 820, 825, 830, 835, 840, 845, 850, 855, 860, 865, 870, 875, 880, 885, 890, 895, 900, 905, 910, 915, 920, 925, 930, 935, 940, 945, 950, 955, 960, 965, 970, 975, 980, 985, 990, 995, 1000.**

Umbausofas, Chaiselougen, englische Bettstellen, Patentmatratzen, Aufhängematratzen, Tapezierer Walter, Stargarder Straße 18.

Wahrradartikel, neu, 60,-, Schläuche 45,- (Ausland), postweise Ermäßigung, geb. Schläuche 20,-, Schlauchreifen preiswert **Stress, Grüner Weg 18.**

Parteiensoffen. **Tischler gibt neue und gebrauchte Möbel billig ab.** **Choriner Str. 52.**

Zinkwaschbecken, Zuber, Sitzelemente usw. **Spezialfabrik** **Musauer Str. 27 (Marianenplatz), Lohring 10 Prozent.**

In den nachstehenden Speditionen werden sofort **Botenfrauen** **eingestellt:**

Berlin **Gieschner, Ostfäher Straße 92, Döring, Steinmetzstr. 23, Hartmann, Michaelstr. 2, Lode, Moritzstr. 25, Ratzel, Hufschmidtstr. 35, „Freiheit“, Schiffbauerdamm.**

Moabit **Tornseifer, Lohringstr. 11.**

Wilmersdorf-Halensee **Häcker, Hindenburgstraße 34.** **Tempelhof** **Darsch, Werderstraße 51.** **Potsdam** **Dotzner, Kaiser-Wilhelm-Straße 38.**

Belagerungszustand und Zeitungsverbot.

Herr Rechtsanwalt Dr. Ludwig Wendig, Berlin, schreibt uns:

Das Gesetz betreffend die Verhaftung und Aufenthaltbeschränkung auf Grund des Kriegszustandes vom 4. Dezember 1916, ja 1918, wurde und wird als ein großer Fortschritt angesehen, weil es die Vorurteile für die Schlichtheit und Aufrechterhaltung durch die vollziehende Gewalt geregelt und den Erlaß derartiger Maßnahmen und ihre Beschneidung unter die richterliche Nachprüfung des Reichsmilitärgerichts gestellt hat. Fragt man mit Recht, warum Ende 1916 bloß, wenn auch noch unzureichende, Bestimmungen zum Schutze der persönlichen Freiheit eines Deutschen, nicht aber eines Ausländers, getroffen und solche zum Schutze freier Meinungsäußerung und der Pressefreiheit nicht erlassen worden sind, so ist es ganz unbegreiflich und höchst bedauerlich, daß die schrankenlose Herrschaftsausübung einer Regierung noch dem 9. November 1918 auf diesem Gebiete noch möglich ist.

Sicher werden alle Vertreter der jetzigen Regierung unter Berufung auf bekannte Vorgänge und Weltendmachung bormelantischer Gesetze für die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung die weitere Fortdauer des Belagerungszustandes und das Verbot und die Beschränkung bestimmter „aufhebertischer“ Zeitungen für eine öffentliche Notwendigkeit erklären. Ich will darüber mit Ihnen nicht rechten, weil es sich hierbei um Auffassungsverschiedenheiten handelt, über die zur Zeit eine Verständigung nicht möglich ist. Ich unterstelle also die grundsätzliche Notwendigkeit derartiger Zeitungsverbote. Damit ist aber nicht das geringste für die Verfassungskonformität und die Dauer eines bestimmten einzelnen Zeitungsverbotes gewonnen. Hier beginnt der Streit aufs neue, hier kann man doch im besonderen Falle mit Recht ganz anderer Meinung sein, als die verbietende Stelle.

Für die Entscheidung dieser Meinungsverschiedenheiten muß in Ergänzung des oben erwähnten Gesetzes vom 4. Dezember 1916 eine unparteiische richterliche Stelle schnellig geschaffen werden.

Wird denn den maßgebenden Herren vor ihrer eigenen Rechtfertigung nicht bange? Wie ist es möglich, daß sie wochen- und monatelang in absolutistischer Nachvollkommenheit ihres Herrschens warten, ohne selbst Rechtsgarantien gegen ihre Amtsausübung und zu ihrer Rechtfertigung in der Öffentlichkeit zu schaffen? Sollen Sie denn nicht ein, daß die Möglichkeit besteht, sie könnten, in einer durch die gewohnte Beschäftigung erzeugten einseitigen Betrachtungsweise befangen, ihre eigenen Gesetze vielleicht anerkennenden Grundzüge auf den einzelnen Fall falsch anwenden? Ist es nicht geradezu ihre demokratische Pflicht, sich die Selbstbeschränkung einer Rechtskontrolle aufzuerlegen? Und ist die fortwährende Verletzung dieser in heutiger Zeit einfach selbstverständlichen Pflicht nicht eine Preisgabe, um nicht zu sagen Verrat, der eigenen, in aller Öffentlichkeit vertretenen Grundzüge und politischen Ideale? Legt eine solche Pflichtvergessenheit nicht Zeugnis ab von der oberflächlichen Staatsauffassung des alten Regimes? Gesehen deshalb die Regierung der besetzten Gebiete gegen die Zeitungsverbote nicht ganz berechtigt? Müßten sie nicht so lange als reine Willkürakte der alten Zeit empfunden werden, als es keinerlei Rechtsbehelfe dagegen gibt?

13. Verbandstag der Buchbinder.

Würgburg, 28. Juni.

Der Deutsche Buchbinderverband hat gegenwärtig seinen 13. Verbandstag in Würzburg ab. Eschienen sind 104 Delegierte die über 60 000 Mitglieder vertreten. Schon die Vorbesprechung brachte heftige Auseinandersetzungen, da ein Teil der unentwegten Gewerkschaftler ein Korreferat zum Geschäftsbericht und zum Räteprogramm nicht hören wollte. Doch mit 52 gegen 49 Stimmen hat sich die Opposition durchgesetzt. — Der Begrüßungsfeier blieb die Opposition fern, sie lebte es ab, sich von der Reichsrechtspolizei Klammern vormachen zu lassen.

Eröffnet wurde die Tagung vom Verbandsvorsitzenden Emil Klotz, der in seiner Begrüßungsrede der im Kriege Gefallenen gedachte, worauf ein Delegierter Bezug auf die traurige Pflicht erinnerte, auch deren Ehre zu wahren, die während der Revolution erkrankt oder hinter Verlierern schmachten. Neben Brückner-Verein wurde Junemann-Berlin als Vertreter der Opposition mit Stimmenmehrheit der Vorherrschaft übertragen. — Grünfeld-Mien überbrachte die Grüße der deutschvaterländischen Kollegenschaft. Den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht wählte der Verbandsvorsitzende Klotz durch eine Verteidigungsrede der Gewerkschaftspolitik. Der Zwiespalt in der Politik habe auch die Wogen in den Gewerkschaftsorganisationen hochgehen lassen.

Die Gewerkschaftsführer seien nicht allein für die Kriegspolitik verantwortlich. Hätte man den Generalkrieg empfohlen, so wären die Gewerkschaften aufgelöst worden. Wollte der Verbandsvorsitzende den Bürgerkrieg durchbrechen, so hätte er sich übermäßig gemacht, denn die Mitglieder hätten die Gewerkschaft verläßt. Der Bürgerkrieg müßte gelassen werden, um uns wehrfähig zu machen und zu erhalten, sonst wäre der Feind ins Land gezogen usw. Auch jetzt müßte er die Politik vom Standpunkt der Gewerkschaftler betrachten und die Gewerkschaften nicht ins Schlepptau der Parteien genommen werden, sondern umgekehrt müßte die Politik die Gewerkschaften vorschreiben. Die Politik sei viel zu sehr auf Illusionen aufgebaut.

Diesen Ausführungen trat Kollege Gabel-Berlin in einer fast zweistündigen Rede entgegen. In chronologischer Reihenfolge gab er einen Überblick über die Tätigkeit der Gewerkschaftsführer vor, während und nach dem Kriege. Wiederholte von Zustimmungen unterbrochen, geißelte er das Verhalten der Gewerkschaftsführer im allgemeinen und die Haltung des Verbandsvorsitzenden im besonderen. Waren doch selbst dem „Vorwärts“ die Klotz'schen Äußerungen zu gravitätisch. Nur in der „Täglichen Rundschau“ fanden sie Aufnahme. Die Rede Gabels machte einen starken Eindruck auf die Provinzdelegierten. Gabel beantragte folgende

Resolution.

Das deutsche Wirtschaftsleben ist zusammengebrochen; eine Folge der unbedachten Kriegspolitik der führenden Mächte. Eine solche verhängnisvolle Kriegspolitik war dadurch möglich, daß die opportunistischen Führer der Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei den Boden des Klassenkampfes verließen, um dem Bürgerkrieg den Bürgerkrieg gelassen und die Arbeiter durch die unwahre Behauptung, Deutschland führe einen Verteidigungskrieg, zum Zurückhalten verpflichtet hatten. In Wirklichkeit wurden die Arbeiter die Interessenträger des Imperialismus, der auf seinen Ruin und Untergang ausgehende Opfer an Geld und Blut gescheitert ist. Durch die Zustimmung der proletarischen Vertreter zu den Kriegskrediten

stellten sich diese in den direkten Gegensatz zu den Beschlüssen des Kopenhagener Internationalen Sozialisten-Kongresses sowie der Kaiserlichen Friedenskonferenz.

Das Zustandekommen des arbeitserfindlichen Hilfsdienstgesetzes gegen die Interessen des Proletariats war ihr Werk, dem der Beitritt zu dem nationalliberalen Völkerverbund für Freiheit und Vaterland folgte.

Diese fortgesetzte arbeitserfindende Politik wurde gekrönt durch die Revolution, nachdem der Kampf zwischen Kapital und Arbeit in wirtschaftlicher und politischer Beziehung ausgedehnt und die Arbeiter siegreich waren, durch die Gründung der Arbeitergemeinschaft der gesamten Unternehmerverbände mit den Gewerkschaftsführern. Das war der Abschluß der von den Gewerkschaftsführern lange angestrebten „Arbeitergemeinschaft der Massen“, der Ausöhnung zwischen Kapital und Arbeit. Die siegreichen revolutionären Proletarier wurden um die Früchte ihres Sieges betrogen.

Die Generalkommission der Gewerkschaften hat diese arbeitserfindende Kriegspolitik offiziellos betrieben.

Der Vorstand des Deutschen Buchbinderverbandes, sein Organ, die Buchbinderzeitung, haben diese Politik nicht nur gestützt, sondern sogar in Wort und Schrift gefördert. In ganz besonderer Weise ist der Vorsitzende des Deutschen Buchbinderverbandes, welcher ja zugleich auch internationaler Sekretär ist, ohne Legitimation seiner Mandatgeber in ähnlicher Weise für die Politik der eroberten Gebiete alldemokratische Parteiregierung eingetreten und hat somit der internationalen Solidarität einen schweren Schlag versetzt.

Der Verbandstag vertritt auf das Schärfste die Haltung dieser Instanzen während und nach dem Kriege, sowie die des Kollegen Klotz im besonderen und spricht ihnen jedes Vertrauen ab. Der Verbandstag erklart in dem Verhalten jener Körperschaften einen Mißbrauch des ihnen geschenkten Vertrauens, einen Verrat an den besten Interessen der Arbeiterklasse und an den Grundzügen des Sozialismus.

In der Diskussion verurteilten Klotz-Hamburg und Brückner-Berlin die Gewerkschaftspolitik zu verurteilen. Hermann-Weigand erklärte, daß der Verbandsvorsitz im händlichen Kampf mit Klotz lag. Es sei ein trauriger Anblick, daß Klotz in seiner Eigenschaft als Verbandsvorsitzender und Redakteur nur seine Meinung geltend lassen will. Grünfeld-Berlin wies darauf hin, daß die Berliner Kollegen sich während des Krieges gegen die Politik Klotz's gewandt haben, aber alle Einsprüche von diesen in selbstherrlicher und diktatorischer Weise zurückgewiesen wurden.

Darauf wurde die Fortsetzung der Debatte auf Dienstag vertagt.

Gewerkschaftliches.

Der Siemensstreik beendet.

Gestern mittag wurden im Anschluß an die Versammlung der Streikenden, über die wir im gestrigen Abendblatt berichtet haben, geheime Abstimmungen über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs vorgenommen. Wie zu erwarten war, und wir bereits im gestrigen Morgenblatt zum Ausdruck gebracht haben, entschied sich die überwältigende Mehrheit der Streikenden für Annahme des Schiedsspruchs. Es stimmten für Aufnahme der Arbeit 11 132 und für Fortsetzung des Streiks 4444 Anstimmende, 197 Stimmen waren unglücklich.

Die Zentralleitung gibt bekannt, daß heute, Donnerstag früh, in allen Werken zur normalen Zeit die Arbeit wieder aufgenommen wird.

Tarifverhandlungen der Angestellten in der Metallindustrie.

Heute vormittag 10 Uhr begannen unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsamtes die Verhandlungen über die kritischen Punkte, an denen die bisherigen Verhandlungen des Tarifvertrages der Berliner Metallindustrie scheiterten. Dazu wird uns geschrieben: Die Angestellten müssen unter allen Umständen verlangen, daß das Mitbestimmungsrecht, um im Regierungsverdeutsch zu reden, in dem Tarifvertrag verankert wird, da die Nationalversammlung wahrensinnlich mit den Reichsständen so viel zu tun haben wird, daß sie sich mit dem samstäglichen Entwurf der Betriebsräte in absehbarer Zeit nicht befassen kann. Der ehemalige Reichsarbeitsminister Bauer hat ja diesen Vorwurfswurf in den Verhandlungen der Charakteristika schon als „in naher Aussicht stehend“ bezeichnet. Es sind seit dem 8. April wieder 4 Monate ins Land gegangen und das Gesetz ist noch immer nicht fertig.

Die Angestellten unterrichten nochmals, daß sie bei den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen der Republik einen Kampf vermeiden wollen, müßten aber nicht versäumen, gleichfalls auf die neuromatologischen ergebnislosen Verhandlungen hinzuweisen. Von einer versprochenen Senkung der Preise für die allgemeinen Lebensbedürfnisse ist leider sehr wenig zu hören.

Protest der Angestellten der Allgemeinen Ortskrankenkasse.

Die Angestellten der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin haben am Mittwoch nachmittag im Klubhaus in der Oberstraße eine Versammlung ab, um gegen die Entziehung des Lohnes für den Streiktag am 21. Juli zu protestieren. Genosse Kubit bezeichnete in seinen Ausführungen den 21. Juli als den Tag, an dem das Kaiserreich zum ersten Male gegen den Willen der Geschäftsleitung und des Rassenverbandes in den Streik trat, dem Beschluß des Volkstages folgend. Die Massenverwaltung lehnte die Zustimmung ab und verurteilte Anschläge! Sie haben zur Arbeit zu erscheinen. Trotzdem war die Beteiligung eine verhältnismäßig gute und wenn man berücksichtigt, daß etwa 100 Kollegen krank oder in Urlaub waren, so hat sich etwa die Hälfte der Angestellten beteiligt. Die Antwort des Rassenverbandes war, daß den Streikenden am Monatsende der Arbeitsverdienst für den 21. Juli abgezogen werden soll. Dieses ist tatsächlich schon bei einer Reihe Kollegen geschehen. Genosse Kubit untersuchte, inwieweit der Rassenverband das Recht habe, Lohnabzüge zu machen. Aber nicht über den Weg an sich, sondern über die Verwendung dieses Geldes wollten die Angestellten Rechenschaft haben. Die Kollegen wollten gerne auf die Bezahlung des Streiktages verzichten, wie es die Kollegen in der Industrie ebenfalls getan haben, verlangen aber, daß das Geld für diesen Aktentag den politischen Inhabilitäten zugewendet wird. Diese Mitteilung wurde mit lebhaftem Bravo von der Versammlung aufgenommen. Der Redner verlas eine Resolution, welche diese Forderung enthält und den Betriebsrat beauftragt, in diesem Sinne beim Rassenverband wirksam zu sein. Von einer Schätzung des Betriebes konnte keine Rede sein, da die licenznehmende Arbeit fast reißlos durch die Streikenden selbst, hgm. von anderen Angestellten erledigt worden ist. Wenn man bedenkt, daß sich

der Rassenverband zu einem großen Teile aus Gewerkschaftssekretären zusammensetzt, daß weiter die Gewerkschaftskommission die Beteiligung an der Demonstration beschlossen hatte, so gewinnt das Vorgehen des Rassenverbandes erst seine schmachvolle Bedeutung.

In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß man gern und freudig das Opfer bringe und auf diesen Tagesverdienst verzichte. Lebhaft wurde das Gebaren der Gewerkschaftsstrategen kritisiert, die heute vollständig in kapitalistische Bahnen wandelten. Aber über das Geld wolle man verfügen. Dem Vorstand wurde das Recht abgesprochen, Abzüge zu machen. Das Geld solle an den Betriebsrat gezahlt und dem Beschluß der Angestellten entsprechend verwendet werden. Die Resolution wurde gegen eine Stimme angenommen.

Es wurde noch aufgefodert, durch Entnahme von Wahl- und Propagandamarken den roten Volksgutrat nach Kräften zu unterstützen.

Beamtenausbesser und -ausbesserinnen im Post- und Telegraphendienst!

Die von den verschiedenen Beamten gemahregelten Kollegen werden gebeten, sich umgehend wegen Gemahregelienunterstützung im Verbandsbureau, Kaiser-Wilhelm-Straße 20 II, Zimmer 1, zu melden.

Quittung 1917/8 R. vom Personal der Firma W. Grebe, Ritterstraße 60, für Zusammenfassung des graphischen Gewerbes erhalten.

Groß-Berlin.

Was wird mit der Deckung des Kleiderbedarfes.

Obher denn je Kluft gegenwärtig der Gegensatz zwischen den Bedürfnissen der kleidungsbedürftigen Bevölkerung und der Lage der Textilindustrie. Der deutsche Markt ist von Waren entblüht. Die Entente-Kapitalisten wollen ihn für guten Profit besorgen. In Deutschland aber gibt es viele Textilfabriken, die sich selbstverständlich das Geschäft auch nicht gern entgehen lassen wollen. Sie wollen Rohstoffe vom Ausland, die Entente-Kapitalisten jedoch sind darauf verpicht, Fertigfabrikate zu liefern. Die Regierung hat bisher in frähtlicher Untertassung die noch beträchtlichen Bestände an Textilien zurückgehalten. Ein nicht unbedeutlicher Teil, für diese Millionen, ist allerdings gegen den Willen der Regierung durch Diebstahl dem Verbrauch zugeführt worden, jedoch nicht, ohne zuvor in den Schleichhändlerläden unerhörten Preistreibern zu unterliegen. Dem hätte vorgebeugt werden können durch rechtzeitige Freigabe. Diebe und Schieber wären um einige hundert Millionen weniger reich und das Volk weniger arm. Offenbar aber hat die Regierung sich von den Interessen der Papierstoffindustrie leiten lassen. Ihre Vorzüge zu kühlen, ihren Profitanspruch herabzumindern, erschien offenbar wichtiger, als das Volk durch Herausgabe der Vorräte davor zu schützen, für die Fragwürdigkeiten der Papierstoffindustrie standalbs hohe Summen wegzuführen zu müssen. Jetzt sollen, wie Ministerpräsident Bauer angekündigt hat, die Vorräte des Kleiderbedarfes zugeteilt werden. In den Kreisen der Textilindustrie ist man in heillosen Angst, die Fertigfabrikate der Entente-Kapitalisten könnten den deutschen Markt überschwemmen und ein Teil der neu aufkeimenden Profithoffnungen der deutschen Kapitalisten erfüllen. Sicher ist: Waren die Bestände zur richtigen Zeit an den Mann gebracht worden, der Hunger nach Kleiderungsstücken hätte nicht diesen geradezu katastrophalen Charakter annehmen können. Wie sich in der nächsten Zeit die Lage auf dem Kleidermarkt gestalten wird, läßt sich noch nicht erkennen. Wohl aber darf gehofft werden, daß gegenüber den jetzigen standalbs hohen Preisen für Schuld gewaltige Ermäßigungen für gute Waren eintreten werden.

Der tollebende Rittergutsbesitzer.

In der Vorhalle der Universität von Berlin ist folgende Anzeige angeklagen:

Zur Einbringung der Ernte und anderen Arbeiten suche ich noch 8 gebildete junge Herren bei freier Station und täglicher Verantgelt von je nach Leistungen bis zu 3 (drei) Mark. Das Mitbringen von Bettwäsche, Kopfkissen und Decke ist erwünscht. Lebensmittelabrechnung erforderlich.

Dassin bei Grimmen (Vorpommern), den 22. Juni 1919.
v. Lagerström, Rittergutsbesitzer.

Schäht der Mann aber die Berliner Studenten tief ein.

Der Preissturz und die Schleichhändler.

Für die Kunst der Schleichhändler bedeutet die Unterzeichnung des Friedensvertrages das längst verdiente Todesurteil. Interessant ist, zu beobachten, wie jetzt in dem immer noch blühenden Schleichhandel die Preise für alle Lebensmittel ständig sinken. In Berlin konnte man gestern gute Kernweife für M. 8 und größeres Pöfeln sogar noch billiger kaufen. Kaffee, und zwar rohen, kann man zu M. 8 bis M. 6 pro Pfund kaufen, je nach Herkunft. Santos, Rio und Brack, Guatemala waren ebenfalls, ferner Javakaffee. Kakao wurde zu M. 8 bis M. 11 angeboten. Tee zu M. 10 bis M. 13, Zucker zu M. 6 bis M. 8, Perlinge, Käse, Wehl sind in solchen Mengen zu haben, daß die Schleichhändler täglich mit neuen Angeboten herauskommen. Sprünge in guter Qualität waren am Mittwoch mit 70 Bfg. das Stück erhältlich. Karstake sind etwas um 50 Prozent gefallen. Kartoffeln bietet der Schleichhandel mit M. 15 bis M. 30 pro Kintner an, natürlich ab Gezeugenmarkt. Mit anderen Waren ist es genau so. In den belebten Gebieten ist infolge des holländischen Ausfuhrverbots und zum Teil auch infolge des stärkeren Uebergangs der Waren nach den unbesetzten Gebieten neuerdings ein leichtes Anziehen der Preise zu bemerken. Holländische Butter wird im Schleichhandel bis zu M. 19 für das Pfund bezahlt gegenüber dem niedrigsten Preise von M. 12, der schon erreicht war. Für amerikanisches Schweinefleisch wird M. 0,50 für das Pfund bezahlt gegen M. 0 früher. Aus Kaffee wird berichtet, daß der Preissturz für Schokolade sich von Tag zu Tag fortsetzt. Die Halbfundstafeln amerikanischer Schokolade, die noch vor 8 Tagen M. 14 kosteten und dann auf M. 8, 8 und 7 sanken, liegen jetzt schon für M. 0,50 in allen Schaufenstern aus. Die ländlichen Kreise klagen über den vollkommen störenden Schleichhandel in Wut.

Die Schleichhändler bemühen sich nach Kräften die Preise künstlich zu halten. Insbesondere versuchen sie die Ware, die im Preise in nächster Zeit noch ganz bedeutend sinken muß, wie Schokolade, Kakao und Kolonialwaren, den Gemeinden in größeren Quantitäten auf den Hals zu laden. Die Gemeinden sollen in dem Ansturm von Lebensmitteln recht besonders vorsichtig sein.

